

Dokumentation

FREIHEITLICHER SOZIALISMUS ODER SOZIALE  
MARKTWIRTSCHAFT? DIE GUTACHTERTAGUNG ÜBER  
GRUNDFRAGEN DER WIRTSCHAFTSPLANUNG UND  
WIRTSCHAFTSLENKUNG AM 21. UND 22. JUNI 1946

Der Streit um die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik wurde bis weit in die fünfziger Jahre hinein mit großer Vehemenz ausgetragen. Dessen ungeachtet, waren aber schon zwei Jahre nach dem Zusammenbruch des Reiches die wichtigsten Grundsatzentscheidungen über die Zukunft der Westzonenwirtschaft gefallen und spätestens mit der Währungsreform und der ihr folgenden Liberalisierung in Kernbereichen auch durchgesetzt.<sup>1</sup> Dort muß die Analyse der Ursachen der ordnungspolitischen Kontroverse ansetzen. In den Jahren 1945/46 gab es – wenigstens in den Augen der deutschen Teilnehmer an dieser Diskussion – noch Spielraum für die Entwicklung eines spezifisch deutschen Wirtschaftsstils, der die Schwächen der liberalen Wirtschaftsordnung in der Zeit vor der Weltwirtschaftskrise ebenso überwinden konnte wie die vielfältigen Bedrohungen, die von der NS-Befehlswirtschaft ausgingen. Obwohl in diesem Ziel einig, standen sich – so erscheint es jedenfalls im Lichte der Wirtschaftsordnungsdebatte der späteren Jahre – zwei Lager feindlich gegenüber: Hier Planwirtschaft – dort Marktwirtschaft.

Während jedoch der dogmengeschichtliche Hintergrund<sup>2</sup>, die wirtschaftspolitische Konzeption<sup>3</sup> und die Protagonisten des Marktwirtschaftslager selbst<sup>4</sup> im hellen Licht der Forschung stehen und Gegenstand zahlreicher Publikationen waren,

<sup>1</sup> Vgl. dazu J. Gimbel, *Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949*, Frankfurt/M. 1971 und W. Abelshauser, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948, Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*, Stuttgart 1975.

<sup>2</sup> Z. B.: R. Blum, *Soziale Marktwirtschaft, Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus* (Schriften zur angewandten Wirtschaftsforschung 18), Tübingen 1968; Chr. Blumenberg-Lampe, *Das wirtschaftspolitische Programm der „Freiburger Kreise“, Entwurf einer freiheitlich-sozialen Nachkriegswirtschaft* (Volkswirtschaftliche Schriften 208), Berlin 1973; A. Müller-Armack, *Genealogie der Wirtschaftsstile*, Bern 1974.

<sup>3</sup> Insbesondere auf die Diskrepanz zwischen liberaler Doktrin und der wirtschaftspolitischen Realität des Staatsinterventionismus und der Planung in der „Wiederaufbauphase“ ist oft hingewiesen worden. Vgl. A. Hunold (Hrsg.), *Wirtschaft ohne Wunder*, Erlenbach-Zürich 1953; F. G. Reuss, *Fiscal Policy for Growth without Inflation, The German Experiment*, Baltimore 1963; K. W. Roskamp, *Capital Formation in West Germany*, Detroit 1965; W. Stolper und K. W. Roskamp, *Planning a free Society, Germany since 1945*, Cambridge, Mass. 1966; C. Mötteli, *Licht und Schatten der sozialen Marktwirtschaft, Leitbild und Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland*, Zürich und Stuttgart 1961; H. J. Arndt, *West Germany, politics of non-planning*, New York 1966; A. Shonfield, *Geplanter Kapitalismus*, Berlin 1968.

<sup>4</sup> H. Ehrenberg, *Die Erhard-Saga*, Stuttgart 1965; Ludwig Erhard, *Beiträge zu seiner politischen Biographie*, Festschrift zum 75. Geburtstag, hrsg. v. G. Schröder u. a., Frankfurt/M. 1972.

sind die Konturen ihrer ordnungspolitischen Gegenspieler bis heute auffallend blaß geblieben. Dies ist umso erstaunlicher, als in der „Vorwährungsreformzeit“ wichtige Positionen – gerade in der Wirtschaftsverwaltung – von Anhängern des Planwirtschaftskonzeptes eingenommen waren.

Vor diesem Hintergrund muß die Bedeutung der „Gutachtertagung über Grundfragen der Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsplanung“ vom 21. und 22. Juni 1946 gesehen werden. Auf Initiative des Generalsekretärs des Zonenbeirats der britischen Besatzungszone, Gerhard Weisser<sup>5</sup>, zustande gekommen und im Hamburger Sitzungssaal des Zonenbeirats durchgeführt, war die Tagung ein Forum nahezu aller zu diesem Zeitpunkt relevanten Konzeptionen von einer künftigen deutschen Wirtschafts- und Sozialordnung. An ihr nahmen Wissenschaftler, Verwaltungspraktiker und deutsche Politiker aus allen vier Zonen teil. Aus der amerikanischen und der französischen Zone waren sogar Beobachter „dienstlich und amtlich“<sup>6</sup> abgeordnet worden. Die Versammlung selbst bedurfte naturgemäß der Genehmigung durch die britische Militärregierung. Es war dies eine für diese frühe Nachkriegszeit ungewöhnliche Veranstaltung. Kein zweites Gremium deutscher Politiker und politischer Beamter konnte diesen Grad der überzonalen Vertretung für sich beanspruchen.

Vorausgegangen war eine Reihe bizonaler Treffen auf verschiedenen Ebenen der deutschen Verwaltung<sup>7</sup>. Diese Treffen sollten die geplante Verschmelzung der beiden angelsächsischen Zonen auf deutscher Seite politisch vorbereiten. Zur Erörterung grundsätzlicher Fragen der künftigen Wirtschaftsverfassung in einem zumindest wirtschaftlich geeinten Deutschland war dort kein Platz<sup>8</sup>.

<sup>5</sup> Geb. 1898, 1924–1930 Leiter des Wohnungsamtes und der Finanzdirektion in Magdeburg, 1930–1933 Zweiter Bürgermeister von Hagen, nach seiner Entlassung durch die Nationalsozialisten ab 1934 im kommunalen Verlagswesen tätig, 1943 habilitiert (Sozialpolitik), nach 1945 als Ministerialdirektor im Braunschweigischen Staatsministerium Leiter des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft und stv. Ministerpräsident, am 6. März 1946 zum Generalsekretär des Zonenbeirats gewählt, von 1948 bis 1950 Staatssekretär im Finanzministerium von Nordrhein-Westfalen, Ordinarius in Köln und Mitglied des Wiss. Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums (BWiMin).

<sup>6</sup> Protokoll der Gutachtertagung (GA), Deutscher Bundestag, Parlamentsarchiv (künftig: BT PA) 1/55 GA, S. 1; als Vertreter der US-Zone nahm Oberregierungsrat Otto Haussleiter, Jahrgang 1896, z. Z. der GA Abteilungsleiter im Hessischen Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr teil, „für die entsprechenden Instanzen in Südwürttemberg als französischer Zonenbeauftragter“ war Hans Peter (1898–1959), Tübinger Ordinarius für Nationalökonomie, anwesend.

<sup>7</sup> „Währungskonferenz“ in Frankfurt/M. am 21./22. 2. 1946, „Wirtschaftskonferenz“ in Frankfurt am 26./27. 2. 1946; gemeinsame Konferenz der Länderchefs aus der britischen und amerikanischen Zone in Bremen am 28. 2./1. 3. 1946; Tagung des Länderrats der amerikanischen Zone mit Mitgliedern des Zonenbeirats in Stuttgart am 3. 4. 1946; Berichte bzw. Protokolle dazu in: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. vom Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Band 1, bearbeitet von W. Vogel und Chr. Weisz, München 1976 (künftig: AVBRD 1), Dok. Nr. 12 und Nr. 18.

<sup>8</sup> Auch die Ergebnisse der Gutachtertagung wurden in den ordentlichen Sitzungen des Zonenbeirates oder des Länderrates, die völlig mit Tagesfragen ausgefüllt waren, kaum diskutiert.

Der Zonenbeirat, ursprünglich als „oberstes politisches Beratungsorgan der britischen Militärregierung“<sup>9</sup> ins Leben gerufen, war von Anfang an bemüht, die Spitzen der Zonenverwaltung für eine möglichst enge Koordination unter seinem Dach zu gewinnen. Er rief – anfangs ohne Wissen der Besatzungsmacht – eine informelle Vereinigung der Leiter der Zentralämter der britischen Zone unter dem Vorsitz seines Generalsekretärs ins Leben – eine Institution, die auch nach der Fusion der beiden angelsächsischen Zonen zur Bizone ihre Bedeutung behielt<sup>10</sup>.

War es das Ziel, auf diesen informellen Koordinationssitzungen, „die Verwaltung der britischen Zone an die deutschen Parteien anzubinden und von den Besatzungsstellen zu lösen“<sup>11</sup>, so diente die nach zunächst ähnlichem organisatorischem Muster abgehaltene Gutachtertagung vor allem der Klärung des nach dem allmählichen Übergang der Exekutive auf deutsche Stellen anzuwendenden Systems der Planung und Lenkung der Wirtschaft – über die britische Zone hinaus und „etwas abseits von den drängenden Fragen des Tages“<sup>12</sup>.

In der Öffentlichkeit wurden denkbare künftige Systeme der Planung und Lenkung allzuleicht mit den in die Nachkriegszeit hinübertragenden und von den Besatzungsmächten vorläufig beibehaltenen Methoden und Institutionen der NS-Befehlswirtschaft<sup>13</sup> identifiziert. Die undankbare Aufgabe deutscher Amtsinhaber,

---

Der Antrag von V. Agartz, H. Schlange-Schöninghen u. a. zur „Schaffung einer Zentralstelle für gemeinsame statistische Angelegenheiten aller vier Besatzungszonen“, der ausdrücklich mit Bezug auf die Gutachtertagung in der 5. Sitzung des Zonenbeirates (10./11. 7. 1946) gestellt wurde, bildet eine Ausnahme. S. dazu AVBRD 1, S. 629 (Dok.Nr. 25).

<sup>9</sup> Der Zonenbeirat zur Verfassungspolitik, Denkschrift des Zonenbeirats der britischen Besatzungszone, als Manuskript gedruckt, Hamburg 1948, S. 5.

<sup>10</sup> Ebda, S. 6; hierzu und zu weiteren Fragen, die Gutachtertagung betreffend, erhielt der Verf. wichtige Hinweise von Professor Weisser, für die er an dieser Stelle herzlich dankt.

<sup>11</sup> G. Weisser zum Verf. am 31. 1. 1975.

<sup>12</sup> BT PA 1/55, GA, S. 1.

<sup>13</sup> Im landwirtschaftlichen Sektor wurden die Organisationsformen des Reichsnährstandes bewußt und weitgehend von den Besatzungsmächten übernommen, weil diese sich als „successful and efficient“ erwiesen hätten. Eine Aufhebung der zentralen Kontrollen galt in den Augen der Briten als „criminal irresponsibility“ und „gambling in human lives“ (Schreiben des stv. Leiters der Food and Agriculture Division, C.C.G., BOAR, Hollins, an den Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft [ZEL] Schlange-Schöninghen, Bundesarchiv Koblenz (BA), Z 6 I/17, S. 3–4); weniger entschieden wurden Methoden und Institutionen der NS-Wirtschaftslenkung auf den industriellen Sektor übertragen. Zwar hatten die deutschen Beamten in der britischen Zone „das Gefühl, daß England von uns eine totale Planwirtschaft erwartet“, es fehlten auf deutscher Seite dazu aber „sowohl Apparat, Personal und nicht zuletzt der Wille“ (G. Keiser, Leiter der Hauptabteilung Planung und Statistik des Zentralamtes für Wirtschaft [ZAW] am 5. 4. 1972 zum Verf.). Das ZAW, Anfang 1946 als deutsches Gegenstück und Hilfsorgan der britischen Wirtschaftsverwaltung geschaffen, verfügte nicht über einen eigenen Behördenunterbau. Es war gezwungen, auf die Landes-, Kreis- und städtischen Wirtschaftsämter als Mittel- und Unterinstanzen zurückzugreifen. „Die Moral der 1000 Kalorien“ und eine schwache Polizeigewalt trugen dazu bei, „daß das System der Bewirtschaftung ... im weitgehenden Umfange zusammengebrochen ist“ (Viktor Agartz, Leiter des ZAW, an den Leiter des ZEL, Hans Schlange-Schöninghen, am 7. 10. 1946, BA, Z 6 I/65, S. 51).

das bestehende, durch Autoritätsverlust und Desorganisation deroutierte Lenkungssystem mit allen Mitteln am Leben zu erhalten, um so wenigstens einen Teil der knappen Ressourcen in den lebenswichtigen Aufbau der Infrastruktur zu lenken, stand einer überzeugenden politischen Werbung für einen grundsätzlich neuen Anfang in der Wirtschaftspolitik im Wege.

Die Übernahme von Methoden der Planung und Lenkung in Landwirtschaft und Industrie ging in der britischen Besatzungszone zweifellos am weitesten<sup>14</sup>. Nicht alle leitenden Beamten der zentralen deutschen Wirtschaftsverwaltung in der britischen Zone teilten jedoch die Zustimmung zu dieser Politik so uneingeschränkt, wie sie der Leiter des ZEL, Hans Schlange-Schöningen<sup>15</sup> in einem Schreiben an die Abteilung für Landwirtschaft und Ernährung der britischen Militärregierung zu erkennen gab: „Auf dem Sachgebiet, das meiner Verantwortung unterstellt werden soll, scheint mir kein politischer Raum mehr für ein freies Spiel kapitalistischer und liberalistischer Kräfte zu bestehen. Ich sehe vielmehr auf absehbare Zeit den einzigen Weg, um der derzeitigen und der kommenden Schwierigkeiten Herr zu werden, in einem vorbehaltlosen Bekenntnis zu einer gelenkten Planwirtschaft.“<sup>16</sup>

Die Stunde der „Liberalisten“ war indes noch nicht gekommen. In der britischen Zone übernahmen auf deutscher Seite zunächst Männer Verantwortung, die – von der Notwirtschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit abgesehen – bei weitgehend dezentralisierter Planung Methoden der indirekten Wirtschaftslenkung den Vorzug gaben. Die Herkunft dieser ökonomischen Funktionselite läßt sich auf wenige „intellektuelle Kerne“ der Kriegs- und Vorkriegszeit zurückverfolgen. Gerade in den mittleren Rängen der Wirtschaftsverwaltungen, etwa auf der Ebene der Ab-

<sup>14</sup> Mit den Sparta-Plänen, einer vierteljährlichen, detaillierten Produktions- und Zuteilungsplanung, zielten die Briten anfangs auf eine totale Planung der Industrieproduktion ihrer Zone ab. In der US-Zone hingegen ist ein solcher, umfassender Plan nie aufgestellt worden – nicht zuletzt weil „grundsätzliche Abneigung gegen ein solches Unternehmen“ bestand (Protokoll des Treffens der amerikanischen und britischen Wirtschaftsoffiziere beim Verwaltungsrat [für Wirtschaft] in Minden am 22. 11. 1946, BA, Z 8/36, S. 39). Auch in der sowjetischen Besatzungszone stießen Versuche der deutschen Wirtschaftsverwaltung, ein System zentraler Planung der Industrieproduktion einzuführen, auf (taktischen) Widerstand der Militäradministration (s. dazu Gutachtertagung, BT PA 1/55, GA, S. 148). In der französischen Zone lagen die Schwerpunkte von Planung und Lenkung auf jenen Sektoren der Land-, Forst- und Industriewirtschaft, die vorrangig für den französischen Wiederaufbau arbeiteten.

<sup>15</sup> 1886–1960, Schl. war von 1921 bis 1928 Abgeordneter der DNVP im preußischen Landtag, von 1924 bis 1930 MdR und 1930 Mitbegründer der volkshervorhebenden Vereinigung und Mitglied der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei. Von November 1931 bis Mai 1932 war Schl. Reichskommissar für die Osthilfe und Reichsminister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Brüning. 1945 gehörte er zu den Gründern der CDU der britischen Zone und leitete bis 1949 das ZEL bzw. die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (VELF). Als Anhänger einer großen Koalition in innerparteilicher Opposition zu Adenauer, übernahm er 1950 die diplomatische Vertretung der Bundesrepublik in London.

<sup>16</sup> Schl. an Hollins am 23. 4. 1946, BA, Z 6 I/17, S. 192.

teilungs- und Hauptabteilungsleiter, finden sich auffallend viele Angehörige von Wirtschaftsforschungsstäben der Weimarer Zeit, sei es des Instituts für Konjunkturforschung<sup>17</sup>, des Statistischen Reichsamts<sup>18</sup> oder des Reichswirtschaftsministeriums<sup>19</sup>. Dort – und in den Stäben der Berliner Großbanken – waren in den dreißiger Jahren die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise ausgewertet und daraus Konsequenzen für eine künftige deutsche Wirtschaftspolitik gezogen worden. Für die Gegner des NS-Regimes innerhalb dieses Personenkreises mußten diese Überlegungen in die Planung einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur münden.

Ein Kristallisationskern oppositioneller Wirtschaftswissenschaftler und Praktiker bildete in Berlin der sogenannte Mittwochskreis der Chefarchivare der Großbanken<sup>20</sup>. Großen Einfluß auf die Diskussion dieses Kreises hatte die 1936 ver-

<sup>17</sup> So z. B. der Vize-Präsident der Deutschen Bundesbank, Otmar Emminger, Jahrgang 1911, der von 1947 bis 1949 als Oberregierungsrat im Bayerischen Wirtschaftsministerium und seit 1950 ununterbrochen in leitender Position in der Notenbank tätig war. Ebenso Victor Wrede, der z. Z. der Gutachtertagung als Oberregierungsrat und Referent für Wirtschaft und Verkehr im Oberpräsidium Hannover später Leiter der Senatsbehörde für Wirtschaft und Verkehr in Hamburg und Mitglied des Direktoriums der Bank deutscher Länder war.

<sup>18</sup> So z. B. Günter Keiser, Jahrgang 1902, der nach seiner Tätigkeit im Statist. Reichsamt (1927–29) von 1937 bis 1945 als Herausgeber der Zeitschrift „Bankarchiv“ fungierte und Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung des Zentralverbands des Bank- und Bankiergewerbes war. Keiser wurde 1946 Hauptabteilungsleiter „Planung und Statistik“ des ZAW/VAW, dann Leiter der Sonderabteilung Wirtschaftsplanung der Verwaltung für Wirtschaft (VFW).

Ähnlich Bernhard Benning, Jahrgang 1902, der von 1928 bis 1933 wiss. Referent im Statist. Reichsamt und dann bis 1945 Direktor der volkswirtschaftlichen Abteilung der Reichs-Kredit-Gesellschaft, Berlin, und in dieser Funktion Teilnehmer am „Mittwochskreis der Chefarchivare“ (s. unten, Fußnote 20) war, um nach Internierung in der SBZ seit 1950 als Mitglied im Direktorium der Bank deutscher Länder bzw. als Mitglied im Direktorium und im Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank an der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik mitzuwirken.

<sup>19</sup> So z. B. Paul Josten, Jahrgang 1885, seit 1920 – zuletzt als Ministerialrat für Preisangelegenheiten im Arbeitsstab Nord (Hamburg) – im Reichswirtschaftsministerium (RWiMin), war z. Z. der Gutachtertagung stv. Generalsekretär des Zonenbeirats und dort für wirtschafts- und verwaltungsrechtliche Fragen zuständig, später im Stuttgarter Länderrat mit Sonderaufgaben betraut, ab September 1947 Hauptabteilungsleiter II (Wirtschaftspolitik) der VFW. Ähnlich Walter Strauß, Jahrgang 1900, bis 1935 im RWiMin, seit 1. 10. 1947 stv. Direktor der VFW; ebenfalls Eduard Schalfejew (1888–1962), bis 1935 im RWiMin, seit 1. 9. 1947 Abteilungsleiter der VFW, später Staatssekretär im BWiMin.

<sup>20</sup> Die Archive waren vor dem Krieg embryonale Formen der volkswirtschaftlichen Abteilungen der Banken. Dem Kreis, der in regelmäßigen Abständen mittwochs zusammentrat, gehörten neben Bankern auch solche Wirtschaftswissenschaftler an, die aus beruflichen Gründen oder durch persönliche Bekanntschaft in Kontakt mit dem Mittwochskreis kamen. Dazu zählt G. Keiser, Bankenverbandsfunktionär und Redakteur der Zeitschrift „Bankarchiv“ ebenso wie G. Weisser, der seine wissenschaftliche Arbeit in sorgfältig getarnten Aufsätzen – u. a. im „Bankarchiv“ – auch nach 1933 fortsetzte. Von den Teilnehmern des „Mittwochskreises“ nahm auch Karl-Eugen Mössner an der Gutachtertagung teil. Der 1903 geborene

öffentliche<sup>21</sup>, in Deutschland aber kaum rezipierte keynesianische Konjunkturtheorie und ihre wirtschaftspolitischen Folgerungen. Keynes hatte in seiner „General Theory“ eine Alternative zur Wirtschaftspolitik autoritärer Systeme angeboten, weil diese „das Problem der Arbeitslosigkeit auf Kosten von Leistungsfähigkeit und Freiheit zu lösen scheinen“<sup>22</sup>. Er war davon überzeugt, daß „nur eine ziemlich umfassende Sozialisierung der Investition sich als ein Mittel erweisen wird, Vollbeschäftigung annäherungsweise zu sichern“<sup>23</sup>. Wichtiger als das Eigentum an den Produktionsmitteln sei für den Staat die Fähigkeit, das Investitionsvolumen und dadurch wiederum das Wachstum des Kapitalstocks sowie des Einkommens seiner Besitzer zu bestimmen. Die Anziehungskraft, die das Keynesche Modell der indirekten Wirtschaftslenkung durch Instrumente der Geld- und Fiskalpolitik auf Intellektuelle in den volkswirtschaftlichen Abteilungen der Banken ausübte, lag in der Chance, „die notwendigen Maßnahmen der Sozialisierung . . . allmählich und ohne einen Bruch in der allgemeinen Tradition der Gesellschaft“<sup>24</sup> einzuführen. Es entsprach der Tradition der deutschen Großbanken, wie sie im Universalbankprinzip seit der Industrialisierungsperiode begründet war, in enger Zusammenarbeit mit Staat und Industrie jenen spezifisch deutschen Typus des „organisierten Kapitalismus“<sup>25</sup> weiterzuentwickeln, dessen planwirtschaftliche Züge nicht übersehen werden können.

Hier ergaben sich aber auch Berührungspunkte – wenn nicht im Grundsatz so in den Methoden – zu wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Vertreter des „freiheitlichen Sozialismus“. Diese „nichtmarxistischen Sozialisten“<sup>26</sup>, die in der Zeit der Weimarer Republik aus dem Kreis der oppositionell gestimmten jüngeren Generation noch nicht heraustraten, sahen in den westeuropäischen und skandinavischen Arbeiterparteien ihre Vorbilder für die künftige Entwicklung des Sozialismus und nicht selten im Keynesianismus das geeignete Instrument, eine planvolle Lenkung der Wirtschaft bei prinzipiell marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnung

---

spätere Präsident der Messegesellschaft Hannover gehörte nach seiner Tätigkeit als Privatsekretär des Alt-Kanzlers Luther vor und während des Krieges – zuletzt als ihr Leiter – der volkswirtschaftlichen Abteilung der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken in Berlin an. Z. Z. der Gutachtertagung war er als Regierungsdirektor im Braunschweigischen Staatsministerium für Fragen der Wirtschaftsplanung zuständig. Über die Funktion des „Mittwochkreises“ berichtete G. Weisser am 31. 1. 1975 dem Verf.

<sup>21</sup> John Maynard Keynes, *The General Theory of Employment, Interest and Money*, London 1936; deutsch: *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, München 1936.

<sup>22</sup> J. M. Keynes, *The General Theory*, a. a. O., S. 381 (vom Verf. übersetzt).

<sup>23</sup> Ebenda, S. 378.

<sup>24</sup> Ebenda.

<sup>25</sup> Vgl. dazu: H. U. Wehler, *Der Aufstieg des organisierten Kapitalismus und Interventionsstaates in Deutschland*, in: *Organisierter Kapitalismus*, hrsg. v. H. A. Winkler (*Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft* 9), Göttingen 1974, S. 36–57; vgl. dazu auch A. Shonfield, a. a. O.

<sup>26</sup> Vgl. dazu G. Weisser, Artikel „Sozialismus: (IV) Neuere Richtungen: (5) Freiheitlicher Sozialismus“ im *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Bd. 9, S. 509–523.

zu verwirklichen<sup>27</sup>. Ihr Einfluß auf die wirtschaftspolitische Programmatik der SPD war schon in den ersten Nachkriegsjahren nicht unbedeutend, wenngleich die Darstellung der Wirtschaftspolitik der SPD in der Öffentlichkeit weitgehend von verbalem Marxismus geprägt wurde. Vor allem über die Programmkommission und die wirtschaftspolitische Kommission beim Parteivorstand gelang es Weisser, die wirtschaftspolitischen Leitsätze der SPD, wie sie anläßlich des Parteitages von Hannover im Mai 1946 formuliert wurden, in Richtung des „freiheitlichen Sozialismus“ zu beeinflussen, so daß er schließlich mit Recht sagen konnte, daß sie „in sehr erheblichem Umfange von mir stammen“<sup>28</sup>. Während auf der Sitzung der Programmkommission unter dem Vorsitz von Kurt Schumacher Gerhard Weisser das alleinige Referat hielt, vertrat Viktor Agartz<sup>29</sup> als Hauptredner des Parteitages eine Wirtschaftspolitik, „die Agartz selbst ablehnt, die hingegen von uns, den Mitgliedern der ersten Programmkommission vorher erarbeitet worden war“<sup>30</sup>. Die Kernsätze dieser Rede – soweit sie auf Methoden der Planung und Lenkung eingeht – lassen das Ziel, den Wirtschaftsprozess indirekt zu steuern, klar erkennen: „In der sozialistischen Planwirtschaft sieht die SPD nicht einen Selbstzweck. Sie fordert daher die Beschränkung der staatlichen Eingriffe auf das jeweils erforderliche Maß. Ganz allgemein gesehen müssen die groben und provisorischen Methoden der kriegswirtschaftlichen Steuerung durch wissenschaftlich durchdachte Methoden, auf der Grundlage volkswirtschaftlicher Kräftebilanzen, ersetzt werden. Es dürfen insbesondere Löcher nicht dadurch gestopft werden, daß an anderer Stelle neue aufgerissen werden. Unter Einbau marktwirtschaftlicher Elemente des Wettbewerbs muß die Planung unbeschadet ihres umfassenden Charakters mehr und mehr zu den Methoden der *indirekten* Lenkung übergehen.“<sup>31</sup>

Als Transmission dieser Vorstellungen auf alle, die „entscheidende Mitverant-

<sup>27</sup> Von den Teilnehmern der Gutachtertagung zählten zu den Keynesianern in erster Linie der spätere Wirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller (s. Fußnote 80, S. 13) und Victor Wrede (s. Fußnote 17); im weiteren Sinne zählten zu diesem Personenkreis auch Günter Keiser, Karl-Eugen Mössner, Hans Peter und Gerhard Weisser.

<sup>28</sup> Schreiben an H. Peter, Tübingen, am 31. Mai 1946, BT PA 1/55; in der Tat ergibt eine Analyse des Textes der Leitsätze gerade in den Passagen, die konkret auf die Gestalt künftiger deutscher Wirtschaftspolitik eingehen, bis hin zu gleichen Formulierungen Übereinstimmung mit den Ausführungen Weissers auf der Gutachtertagung.

<sup>29</sup> 1897–1964, seit 1918 Mitglied der SPD, seit 1924 Dozent am Freien Gewerkschaftsseminar, 1931–1933 Vorstandsmitglied der Kölner Konsumgenossenschaft, seit 1933 Direktor der Rheinisch-Westfälischen Treuhand-AG, am 15. 2. 1946 zum Generalsekretär des German Economic Advisory Board (GEAB), dem Deutschen Wirtschaftsrat, in Minden ernannt, aus dem das ZAW/VAW hervorgingen, leitete A. – mit Unterbrechungen – bis Ende 1947 die oberste deutsche Wirtschaftsverwaltung der britischen Zone. 1948 wurde er Mitglied des Wirtschaftsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets und bis zu seinem Ausschluß aus Partei und Gewerkschaft (1955) Mitgeschäftsführer des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI).

<sup>30</sup> G. Weisser am 24. 2. 1975 zum Verf.

<sup>31</sup> V. Agartz, Sozialistische Wirtschaftspolitik, Rede gehalten auf dem Parteitag der SPD in Hannover (Mai 1946), Karlsruhe o. J., S. 8 f. (Hervorhebung vom Verf. d. Dokumentation).

wortung für die Praxis“ trugen<sup>32</sup>, sollte die Gutachtertagung dienen. Wenngleich die Tagung formal nicht vom Zonenbeiratsparlament bestellt war, um ihren informellen Charakter zu unterstreichen, der allein die Durchführung ermöglichte, bedeutete die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises „eine Konzession an den öffentlichen Charakter“<sup>33</sup> der Tagung. Als „first civil servant“ der britischen Zone war Weisser von Seiten der Militärregierung Zurückhaltung in seiner parteipolitischen Arbeit auferlegt<sup>34</sup>. Mit Ausnahme der KPD waren alle im Zonenbeirat repräsentierten Parteien durch Teilnehmer vertreten. Eine besondere Rolle kam in der Tagungsstrategie dem Münsteraner Nationalökonom Alfred Müller-Armack<sup>35</sup> zu. Er war von Weisser dazu ausersehen, die „liberalistischen Gegenargumente“<sup>36</sup> vorzubringen – einen Anspruch, den Müller-Armack aber nur – wie er betonte – „als advocatus diaboli“<sup>37</sup> zu erfüllen bereit war.

Eine „gewisse Form der Lenkung“<sup>38</sup> hielt Müller-Armack für unverzichtbar, wenn die Dynamik der marktwirtschaftlichen Ordnung, die im 19. Jahrhundert die Lebensbasis einer schnell wachsenden Bevölkerung gesichert hatte, nicht in Gestalt eines sich selbst überlassenen Wirtschaftsliberalismus, sondern als „sozial gesteuerte Marktwirtschaft“<sup>39</sup> zur Lösung des deutschen Aufbauproblems genutzt werden sollte. Sein Entwurf einer „Sozialen Marktwirtschaft“ unterschied sich daher von den Lenkungsvorstellungen der freiheitlichen Sozialisten um Weisser wie „gesteuerte Marktwirtschaft“ von „marktwirtschaftlicher Lenkungswirtschaft“<sup>40</sup>. Müller-Armack hatte seine Konzeption während des Krieges entwickelt, ohne in direktem Kontakt zu den „Freiburger Kreisen“ zu stehen, die ihrerseits ebenfalls eine „lenkende, regulierende Marktwirtschaftspolitik“ diskutierten, die als Entwurf einer Wirtschaftsordnung für die Zeit nach Hitler dienen konnte<sup>41</sup>. Seine Absicht „ethische Gedanken in eine Wirtschaftsordnung zu inkorporieren“<sup>42</sup>

<sup>32</sup> G. Weisser an H. Peter am 31. 5. 1946, BT PA 1/55.

<sup>33</sup> G. Weisser am 31. 1. 1975 zum Verf.

<sup>34</sup> Weisser teilte dieses Schicksal mit den Ämterchefs Agartz und Schlange-Schöningen, die ebenfalls parteipolitisch stark engagiert waren. In der Praxis wurde ihr Handlungsspielraum dadurch jedoch nicht allzusehr eingeengt.

<sup>35</sup> Geb. 1901, seit 1940 Ordinarius für Nationalökonomie und Soziologie an der Universität Münster (Direktor der Forschungsstelle für allgemeine und textile Marktwirtschaft) gilt Müller-Armack als Schöpfer der Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“ (Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1947), seit 1950 Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Köln und Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik, 1952 kommissarischer Leiter der Hauptabteilung I (Wirtschaftspolitik) des BWiMin, 1958–1963 Staatssekretär im BWiMin.

<sup>36</sup> G. Weisser an H. Peter am 31. 5. 1946, BT PA 1/55.

<sup>37</sup> Protokoll der Gutachtertagung, BT PA 1/55, GA, S. 14.

<sup>38</sup> GA, S. 14.

<sup>39</sup> A. Müller-Armack, Wirtschaftslenkung und Marktordnung, Hamburg 1947, S. 88.

<sup>40</sup> Ebenda.

<sup>41</sup> In seinem Wohnort Vreden (Münsterland) traf M.-A. 1940 mit Ludwig Erhard zusammen, an dessen Seite er ab 1949 seine Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“ politisch umzusetzen versuchte.

<sup>42</sup> M.-A. zum Verf. am 15. 3. 1975.



und die Anerkennung einer „sinnvolle[n] Verbindung einer aktiven Sozial- oder einer sozialistischen Wirtschaftspolitik mit einer Marktwirtschaft“<sup>43</sup> schufen eine Gesprächsgrundlage mit Weisser, der während des Krieges als wissenschaftlicher Verlagsmitarbeiter Müller-Armacks Arbeiten lektorierte und publizierte.

Dem Tübinger Nationalökonom Hans Peter<sup>44</sup> war die Rolle zugeordnet, einem Publikum, das „entscheidende Mitverantwortung für die Praxis trägt“, darzulegen, „welcher *Nutzeffekt* aus . . . Planung auf Grund volkswirtschaftlicher Kräftebilanzen“<sup>45</sup> gewonnen werden kann. Der Petersche Beitrag sollte einer entscheidenden Schwäche abhelfen, die „dieser elegantere, dieser gelockerte, dieser durchdachtere, dieser kunstvollere Stil der Planung“<sup>46</sup> aufwies, den die Anhänger des Planwirtschaftskonzepts in der deutschen Wirtschaftsverwaltung an die Stelle der auf die unmittelbare Nachkriegszeit befristeten „Notwirtschaft“ setzen wollten: Es fehlte bis dahin ein operationales Konzept gesamtwirtschaftlicher Planung und Lenkung. Peters Versuch, dieses Konzept zu entwickeln, ist gekennzeichnet durch „Methodenpluralität“ einerseits und „Werturteilsfreiheit“ andererseits. Grundsätze, die die Frage Marktwirtschaft oder Planwirtschaft für ihn zu einer „Frage der Zweckmäßigkeit“ werden ließen<sup>47</sup>. Es gelang ihm jedoch nicht, aus einer bemerkenswert defensiven Haltung zur Marktwirtschaft herauszukommen und eine konkrete, unmittelbar in die Praxis umsetzbare Methode der Planung und Lenkung zu entwickeln. Jedenfalls fand Peters Beitrag auf der Gutachtertagung kaum Widerhall.

Ein anderes Modell der Planwirtschaft wurde von Wilhelm Kromphardt<sup>48</sup> „warm“ empfohlen: das sowjetische Modell eines in einen freien und einen „bewirtschafteten“ Teil gespaltenen Marktes. Kromphardt, der später im wissenschaftlichen Beirat des Wirtschaftsministeriums eine dezidiert liberale Position vertrat, nahm diese Haltung aber wahrscheinlich „aus Spaß an zugespitzten Formulierungen“<sup>49</sup> ein. Er gehörte zu dem engeren Kreis der Teilnehmer, die Weisser in seine interne Tagungsstrategie einwies und offenbar zu denen, die er für Vertreter der von ihm angestrebten „Planwirtschaft der leichten Hand“ hielt<sup>50</sup>.

<sup>43</sup> GA, S. 14.

<sup>44</sup> 1898–1959, Schüler von F. Oppenheimer, seit 1945 Ordinarius in Tübingen, arbeitete vor allem auf dem Gebiet der angewandten Wirtschaftstheorie. Vgl. Grundprobleme der vergleichenden Nationalökonomie, Stuttgart, I: Wert, Preis, Profit, 1933; II: Der Gesamtprozess in der Entwicklung 1934; III: Automatischer Prozess und gestaltende Volkswirtschaft, Fragen der angewandten Theorie 1937.

<sup>45</sup> Weisser an Peter am 31. 5. 1946 BT PA, 1/55 (Hervorhebung im Original).

<sup>46</sup> GA, S. 10.

<sup>47</sup> GA, S. 89.

<sup>48</sup> Geb. 1897, seit 1937 Universität Rostock, seit 1941 Ordinarius für Nationalökonomie, 1946 bis 1949 TH Hannover, später Mitglied des Wiss. Beirats des BWiMin.

<sup>49</sup> Weisser zum Verf. am 31. Jan. 1975.

<sup>50</sup> Dafür spricht, daß K. eine Durchschrift des Briefes von Weisser an Peter erhielt, in dem die Weissersche Absicht und Taktik für die Tagung offengelegt wurden (Weisser an Peter am 31. Mai 1946, BT PA 1/55).

Der Kromphardtschen Empfehlung widersprach Otto Suhr<sup>51</sup>. Für ihn konnte das „Modell Rußland nicht so ohne weiteres für uns Vorbild sein“, weil er die „Aufrechterhaltung der freien Märkte für unmöglich in der gegebenen Situation“ hielt<sup>52</sup>. Suhr fand sich in der Lage, gegen den (taktischen) Widerstand der sowjetischen Militäradministration für einen Teilbereich der Industrie der Ostzone einen Generalplan aufzustellen. Aus Suhrs Beiträgen wird ein zentrales Motiv für die Suche der deutschen Wirtschaftsverwaltung nach einem Wirtschaftsstil „zwischen Ost und West“<sup>53</sup> deutlich: Es galt einem weiteren Auseinanderleben der Zonen auf wirtschaftlichem Gebiet entgegenzuwirken, indem Lenkungsformen gesucht wurden, die den wirtschaftspolitischen Zielen aller Beteiligten gerecht würden. Vor allem der Zonenbeirat und namentlich sein Generalsekretär Weisser versuchten alles, um die Wiedererlangung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands nicht durch *faits accomplis* in der zentralen Frage der Wirtschaftsordnung zu erschweren. Diesem Ziel sollte nicht zuletzt die Gutachtertagung dienen, die zu einem Zeitpunkt stattfand, als die Entscheidung für eine Fusion der britischen und amerikanischen Zone schon abzusehen war. Die nationalpolitische Zielrichtung der Tagung ist umso bemerkenswerter als fast zur gleichen Zeit ein anderer Teilnehmer, der Leiter des ZEL, Schlange-Schöningen, in einem Geheimbericht nach einem „Staatsbesuch“ in Thüringen der britischen Militärregierung riet, „vielleicht nach einem letzten kurzfristigen begrenzten Verhandlungsversuch mit der Sowjetregierung, um die Schuldfrage zu klären, . . . die drei Westzonen im Sinne einer zielklaren Westpolitik zu organisieren. . . . Auf diese Weise wird vielleicht in Kürze ein solches Übergewicht entstehen, daß die Russen daraufhin bis zur Oder nachgeben.“<sup>54</sup> Der Generalsekretär des Zonenbeirates bestand dagegen noch im September 1947 auf der Ansicht, daß „gerade die Deutschen der Westzonen die Aufgabe [haben] in den Fragen der Ostpolitik schöpferische Phantasie zu zeigen“. Weisser bestellte beim Kieler Institut für Weltwirtschaft ein Gutachten zum Rußlandhandel, um der Ostzone und der Sowjetunion zu signalisieren, daß „wir auf dem Gebiet der Ostfragen praktische Arbeit leisten“<sup>55</sup>. Zur Zeit der Gutachtertagung waren zumindest ihre Veranstalter davon überzeugt, mit dem bevorstehenden Übergang der „Verantwortlichkei-

<sup>51</sup> 1894–1957, 1925–30 Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Berliner Afa-Bundes, bis 1945 freier Schriftsteller, von August 1945 bis März 1946 Hauptabteilungsleiter (Verarbeitende Industrie) in der Deutschen Zentralverwaltung der Industrie in der sowjetischen Besatzungszone, bis 1951 Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung von Berlin, danach bis 1955 Präsident des West-Berliner Abgeordnetenhauses und gleichzeitig Direktor der deutschen Hochschule für Politik, von 1955 bis zu seinem Tod Regierender Bürgermeister von Westberlin.

<sup>52</sup> GA, S. 80.

<sup>53</sup> GA, S. 8.

<sup>54</sup> Bericht an die Britische Militärregierung vom 17. Mai 1946, BA, Z 6 I/198, S. 24 f.

<sup>55</sup> Weisser an den komm. Leiter des Instituts für Weltwirtschaft, Fick, am 8. 9. 1947, BT PA, 1/199.

ten auf wirtschaftspolitischem Gebiet . . . auf deutsche Stellen<sup>56</sup> wachse auch die Chance, daß „Deutschland wenigstens die wirtschaftliche Einheit“ erhalten bleiben könne<sup>57</sup>. Damit stand die Frage, „ob wir unsere Wirtschaft zwischen Ost und West aufbauen wollen“<sup>58</sup>, im Mittelpunkt der Hamburger Diskussion. Der Dritte Weg – von Weisser mit der Devise „Optimum statt Maximum“ umrissen – sollte vor allem auch die immateriellen Kosten der Produktion berücksichtigen. Die Weissersche Einsicht, es habe „gar keinen Sinn, Güter noch und noch zu erzeugen, wenn die Menschen nicht in die Lage kommen, sie sinnvoll zu konsumieren“<sup>59</sup>, entsprach aber – so mutet es aus heutiger Sicht an – mehr dem gesellschaftspolitischen Zeitgeist der zweiten Hälfte der sechziger Jahre als der wirtschaftlichen Realität des ersten Nachkriegsjahrfünfts in Deutschland. Auch der Hinweis auf „eine kaum übersehbare Reihe von Lenkungsmittel nicht nur direkter sondern auch indirekter Art“, die an die Stelle der „großen Mittel des Gebots und des Verbotes“<sup>60</sup> treten könnten, erinnert eher an relativ „moderne“ Instrumentarien globaler Steuerung als an die klassischen Mittel zentraler Planung und Lenkung der Wirtschaft.

An diesen Ausgangspositionen der gegnerischen Lager orientiert, wie sie auf der Gutachtertagung zu Tage traten, muß die inhaltliche Analyse der Wirtschaftsordnungsdebatte in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren zu einem nüchternen Ergebnis führen. Sie hat in der politischen Auseinandersetzung eine Bedeutung erlangt, die mit rationalen Kategorien allein nicht erklärt werden kann<sup>61</sup>. Die Härte, mit der der Streit geführt wurde, läßt sich nicht aus der Konfrontation zweier grundsätzlich verschiedener Wirtschaftssysteme – wie sie mit den Euckenschen Idealtypen „Zentralverwaltungswirtschaft“ und „Laissez-Faire“ beschrieben sind – verstehen: Weder wollten die einen zentrale Planwirtschaft des Staates dauerhaft installieren noch die anderen die Wirtschaft völlig dem freien Spiel anonymer Märkte überlassen.

Wie nahe die ordnungspolitischen Positionen maßgeblicher Vertreter von Verwaltung, Wissenschaft und Parteien im ersten Nachkriegsjahr beieinander lagen, zeigt der Verlauf der Gutachtertagung über Grundfragen der Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung. Sie fand am 21. und 22. Juni 1946 in Hamburg im Sitzungssaal des Zonenbeirats, Sophienterasse 14, unter dem Vorsitz des Generalsekretärs des Zonenbeirats, Dr. Gerhard Weisser<sup>62</sup>, statt. Das Wortprotokoll der Tagung liegt im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags (BT PA 1/55). Der

<sup>56</sup> GA, S. 2.

<sup>57</sup> GA, S. 1.

<sup>58</sup> GA, S. 8.

<sup>59</sup> GA, S. 7.

<sup>60</sup> GA, S. 10.

<sup>61</sup> Zur Rolle der Marktwirtschaft als „integrierender Mythos“ der westdeutschen Demokratie siehe H. Mey, Marktwirtschaft und Demokratie, in dieser Zeitschrift 19 (1971), S. 160–186.

<sup>62</sup> Vgl. Anmerkung 5.

Tagungsverlauf ist darin offenbar vollständig erfaßt. Auf 164 Din-A-4-Seiten sind 34 Referats- und Diskussionsbeiträge von 15 Teilnehmern wiedergegeben.

Eine Teilnehmerliste enthält das Protokoll nicht. Aus der Einladung, den Wortmeldungen und aus den Beiträgen selbst läßt sich aber der Kreis der Teilnehmer rekonstruieren:

Dr. Viktor Agartz<sup>63</sup>, Zentralamt für Wirtschaft (ZAW), Minden, Simeonsplatz 21  
 Senator Otto Borgner<sup>64</sup>, Landeswirtschaftsamt Hamburg, Moorweidenstraße 18

Dr. Ernst Deissmann<sup>65</sup>, ZAW, Minden, Simeonsplatz 21

Professor Harald Fick<sup>66</sup>, Kiel-Wieck, Flensburgerstraße 58

Senator Gustav W. Harmssen<sup>67</sup>, Bremen, Atlaswerke

Oberregierungsrat Otto Haussleiter<sup>68</sup>, Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr, Wiesbaden

Dr. Wilhelm Heitmüller<sup>69</sup>, Nordwestdeutscher Rundfunk, Hamburg 13

Dr. Paul Josten<sup>70</sup>, Zonenbeirat, Hamburg

Dr. Günter Keiser<sup>71</sup>, ZAW, Minden Simeonsplatz 21

Herbert Kriedemann<sup>72</sup>, Hannover, Odeonstraße 15/16

Professor Wilhelm Kromphardt<sup>73</sup>, Kiel, Kirchhofallee 24

Regierungsdirektor Dr. Karl-Eugen Mössner<sup>74</sup>, Braunschweig, Staatsministerium

Professor Dr. Alfred Müller-Armack<sup>75</sup>, Münster/Westf., Universität

<sup>63</sup> Vgl. Anmerkung 29.

<sup>64</sup> Senator für Wirtschaft und Verkehr, Hamburg, SPD, Teilnahme wahrscheinlich, aber nicht belegt.

<sup>65</sup> Geb. 1899, 1930–1934 Leiter der Londoner Zweigstelle des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), 1935–1945 Leiter der Rechtsabteilung der IG-Farbenindustrie, Berlin, Juli 1945 bis 15. 2. 1946 Consultant beim Office of Military Government US (OMGUS), Economic Department, Berlin, seit 15. 2. bzw. 1. 3. 1946 Hauptabteilungsleiter ZAW/VAW/VfW, seit 30. 10. 1946 auch Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Kohle und in dieser Eigenschaft zuständig für das Bergarbeiterpunktsystem, später Syndikus bei der Esso-AG, Hamburg.

<sup>66</sup> Direktor des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel.

<sup>67</sup> Geb. 1890, während der NS-Zeit Vorstandsmitglied der Atlaswerke, Bremen, 1945–1953 Senator für Wirtschaftsforschung und Außenhandel, Bremen, seit Anfang 1946 Beauftragter der Ministerpräsidenten für Demontagefragen, seit 1948 Mitglied im BDV bzw. der FDP.

<sup>68</sup> Geb. 1896, Leiter der Preisabteilung des Wirtschaftsministeriums von Groß-Hessen.

<sup>69</sup> Teilnahme nicht belegt.

<sup>70</sup> Vgl. Anmerkung 19.

<sup>71</sup> Vgl. Anmerkung 18.

<sup>72</sup> Stv. Vorsitzender der SPD für die britische Zone, Hannover, Mitglied des (vorläufigen) Beirats des ZAW, 2. SPD-Vertreter im Zonenbeirat; Teilnahme wahrscheinlich, aber nicht belegt.

<sup>73</sup> Geb. 1897, seit 1937 Universität Rostock, seit 1941 dort Ordinarius für Nationalökonomie, 1946–1949 TH Hannover, später Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums.

<sup>74</sup> Vgl. Anmerkung 20.

<sup>75</sup> Vgl. Anmerkung 35.

Regierungsdirektor Dr. Ernst Nölting<sup>76</sup>, Hannover, Oberpräsidium

Professor Dr. Hans Peter<sup>77</sup>, Tübingen-Waldhausen 29

Professor Dr. Bernhard Pfister<sup>78</sup>, Hamburg, Universität

Dr. Friedrich v. Poll<sup>79</sup>, Hamburg 13, Sophienterrasse 14, Wirtschaftsrat Nord

Professor Dr. Karl Schiller<sup>80</sup>, Institut für Weltwirtschaft, Kiel

Reichsminister a. D. Dr. Hans Schlange-Schöninghen<sup>81</sup>, Hamburg, Shellhaus

Dr. Otto Suhr<sup>82</sup>, Berlin

Präsident Willrodt<sup>83</sup>, Kiel, Landesarbeitsamt

Dr. Victor Wrede<sup>84</sup>, Hannover-Kleefeld, Ebellstraße 26

Die folgende Dokumentation bietet eine Auswahl der wichtigsten Tagungsbeiträge, wobei Ausführungen, die sehr detailliert und/oder sehr systematisch auf Probleme der ökonomischen Theorie und der Theorie der Wirtschaftspolitik eingehen, nicht aufgenommen wurden. Die Dokumentation vermittelt dennoch einen Eindruck des Gesamtverlaufs der Tagung, weil vor allem jene Teilnehmer zu Wort kommen, die ihren Verlauf bestimmt haben.

*Werner Abelshauser*

#### Dokument<sup>85</sup>

1. Dr. Weisser:                                    Wissenschaftliche Fundierung der Wirtschaftslenkung und Lockerung ihres Stils.
2. Prof. Müller-Armack:                       Überblick über die Argumente gegen Planwirtschaft überhaupt und ihre bisherigen Erscheinungsformen in Deutschland und anderen Ländern.

<sup>76</sup> Geb. 1901, z. Z. der Gutachtertagung Regierungsdirektor im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Hannover, dann dort Staatsminister.

<sup>77</sup> Vgl. Anmerkung 44.

<sup>78</sup> Geb. 1900, seit 1930 Privatdozent, bzw. a. o. Professor für Nationalökonomie und Finanzwirtschaft, seit 1945 Ordinarius in Hamburg.

<sup>79</sup> Von Ende Januar bis zum 30. 6. 1946 Geschäftsführer des Generalsekretariats für Wirtschaftsfragen des „Wirtschaftsrats Nord“, der aus Vertretern von Verwaltung und Wirtschaftskammern Hamburgs und Schleswig-Holsteins zusammengesetzt war. Teilnahme wahrscheinlich, aber nicht belegt.

<sup>80</sup> Geb. 1911, 1935–1939 Forschungsgruppenleiter bzw. Privatdozent am Institut für Weltwirtschaft, Kiel, 1945 Leiter der Hamburger Außenstelle und Redaktionsabteilung des Instituts, seit 1946 Mitglied des Vorstandes und des Präsidiums der SPD.

<sup>81</sup> Vgl. Anmerkung 15.

<sup>82</sup> Vgl. Anmerkung 51.

<sup>83</sup> Teilnahme wahrscheinlich, aber nicht belegt.

<sup>84</sup> Vgl. Anmerkung 17.

<sup>85</sup> Grundsätzlich werden die Beiträge in der Chronologie zusammengestellt. Ausnahmen, die dann nötig sind, wenn inhaltlich zusammengehöriges an verschiedenen Stellen des Protokolls auftaucht, werden in den Fußnoten angezeigt. Auslassungen und Korrekturen offensichtlicher Hör- oder Schreibfehlern sind durch [...] gekennzeichnet. Der Inhalt längerer Auslassungen wird in Klammern kurz wiedergegeben.

3. Senator Harmssen: Bestandserhebung zur Vorbereitung der Wirtschaftsplanung.
4. Prof. Hans Peter: Leistung der Wirtschaftstheorie für die Wirtschaftsplanung.
5. Prof. Wilh. Kromphardt: Mögliche Mittel der Wirtschaftsplanung.
6. Reg. Dir. Dr. habil Mössner: Regional- und Lokalpläne.
7. Dr. Heitmüller: Das Experiment im Dienste der Wirtschaftsplanung.  
[Referat wurde nicht gehalten]

[Beginn:] Freitag, 21. Juni 1946, 11.00 Uhr

Vorsitz: Generalsekretär Dr. Weisser

[Begrüßung und Darstellung des Tagungszwecks], dann Referat: Wissenschaftliche Fundierung der Wirtschaftslenkung und Lockerung ihres Stils.

„Wir haben heute weder eine Kriegswirtschaft aufzubauen, noch kann unsere Wirtschaft, noch darf unsere Wirtschaft ausgerichtet sein in etwa auf ein Maximum an privatem Gewinn als gewolltes Ziel. Wir befinden uns in einer anderen Lage. Gewolltes Ziel kann nur eine solche Gestaltung der Produktion sein, bei der die Volksangehörigen auch die äußere und innere Möglichkeit haben, das Ersparte im Sinne eines menschenwürdigen Daseins zu genießen. Ich möchte das einmal schlagwortartig so formulieren, daß die Produktion nicht zu einem Maximum an Herausbringung emporgepreßt werden darf, sondern zu einem Optimum emporgeführt werden sollte.

Ich bin mir darüber klar, daß nach dem Zusammenbruche unseres Produktionsapparates die äußersten Anstrengungen gemacht werden müssen, um unsere Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, aber es ist doch nicht unfruchtbar, sich bewußt zu werden, [...] daß unsere Volkswirtschaft heute unter einer ganz anderen Zielsetzung steht, als noch vor 13 oder 14 Monaten, als die Kriegswirtschaft war. [...]

Ich glaube, das ist von erheblicher politischer Bedeutung. Es ist wohl überflüssig, zu sagen, daß ich nicht die Vorstellung einer maschinenstürmerischen Wirtschaftspolitik habe, aber es ist doch unbedingt notwendig, daß wir heute, wo wir auf lange Sicht planen sollen und wollen, ganz grundsätzlich uns überlegen, welche Grenzen gezogen sind, und ich glaube, am deutlichsten wird der Unterschied unserer Gesamtsituation gegenüber der Kriegswirtschaft und dem Typ der letzten 12 Jahre, wenn wir uns dieses ganze Problem von der Seite der immateriellen Kosten der Produktion vor Augen halten. Es hat gar keinen Sinn, Güter noch und noch zu erzeugen, wenn die Menschen nicht in die Lage kommen, sie sinnvoll zu konsumieren.

Und in diesem Zusammenhange steht dann wohl auch die schon enger an das Thema heranführende Frage, welche Struktur organisatorisch unserer Wirtschaft gegeben sein sollte, wenn sie zu einer bestimmt umschriebenen Leistung geführt werden soll. Das Maximum an persönlicher Initiative in allen Stufen der Erzeugung wird an dieser Stelle interessant und stellt sich zur Erörterung. Man kann die Frage stellen, ob man vielleicht Unternehmer in den verschiedensten Unternehmungsformen einsetzen soll, oder ob man zentral im Sinne einer zentral gelenkten Verwaltungswirtschaft alle Kräfte zusammenfaßt und die einzelnen Unternehmungen praktisch zu Dienststellen macht. Man kann diese Frage, wie es üblich ist, rein unter dem Gesichtspunkte behandeln: in welchem Falle ergibt sich das größere Maß an produktiver Leistung und wird sagen: wir wollen die unternehmerische Leistung nicht ersticken, weil gerade die unternehmerische Leistung der einzelnen Unternehmer die Gesamtleistung steigert, oder man kann umgekehrt sagen: diese unternehmerische Initiative hat in vieler

Hinsicht versagt, wir müssen die Dinge zusammen machen, zu einer zentralen Leistung.

Das sind also Erwägungen, bei denen diese Frage lediglich unter dem Gesichtspunkt der Steigerung der Produktion betrachtet wird. Man wird aber in einem Moment, wo so grundsätzlich von vorn angefangen wird wie heute, solche Fragen auch einmal unter einem anderen Gesichtspunkt stellen können. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, daß ein bestimmtes Maß von persönlicher Initiative in der Wirtschaft durch alle Stufen der Wirtschaft hindurch bis zum letzten Arbeiter des letzten Betriebes, bis zur kleinsten Wohnungsgenossenschaft, daß eine solche Entfaltung von Persönlichkeitswerten Selbstzweck ist, kultureller Selbstzweck ist und man kann also diese Frage einmal nicht länger so ökonomisch betrachten, sondern von der Seite des Überökonomischen, man muß wohl sagen dem weltanschaulichen Ziel der gesamten wirtschaftlichen Leistung, und dann eine mehr immaterielle Betrachtung dieses Problems anstellen.

Lassen Sie mich das alles in dieser primitiven Formel zusammenfassen: nicht Maximum, sondern Optimum. Und um nun die politische Seite dieser Fragestellung ganz deutlich zu machen, die außenpolitische auch, lassen Sie mich ebenfalls in Schlagwörtern sagen, daß eine solche Formel diese ist, die deutsche Wirtschaft unter ein Ziel zu lenken, bei dem sie mit einer eigenen Note zwischen West und Ost steht. Man kann in überspitzter Formulierung – und Sie werden mich nicht für einen Agitator halten – sagen, daß in der amerikanischen Wirtschaft dieses Problem des Optimums nicht, oder sagen wir, noch nicht gesehen wird, sondern, daß dort in einem noch gewissermaßen jugendfrischen Kapitalismus absolut das Gewinnstreben die beherrschende Kraft ist. Man kann ebenfalls wieder überspitzt sagen, daß im russischen Osten dieses Postulat Optimum statt Maximum nicht gewollt wird – dort nicht gesehen, hier nicht gewollt wird.“<sup>86</sup>

[Erneuter Hinweis auf die Mittlerstellung der deutschen Wirtschaft zwischen Ost und West und Frage nach dem Stil einer „nunmehr einsetzenden eigenverantwortlichen Lenkung der Wirtschaft“<sup>87</sup>]

„Sollte sich nicht aus einer solchen Zielsetzung Optimum statt Maximum für den Stil unserer Wirtschaftslenkung [...] etwa folgendes folgern lassen:

[...] Es soll nicht dem Zufall überlassen bleiben, welches Sozialprodukt und in welchem Zusammenhange es herauskommt. Erforderlich wird also unter allen Umständen ein volkswirtschaftlicher Gesamtplan sein, ein Lenkungsgrundprogramm, und erforderlich wird auch sein die nötige Kraft, die nötige Einrichtung, um einen solchen volkswirtschaftlichen Gesamtplan in die Wirklichkeit umzusetzen. Es wird wesentlich sein, daß ein solcher Gesamtplan nicht mehr die typischen Züge der Kriegswirtschaft in Deutschland und in anderen Ländern hat, also nicht improvisiert ist, sondern wirklich auf lange Sicht aufgebaut wird; ein schöpferischer Plan. Über dessen Methode ist damit noch nichts gesagt.“<sup>88</sup>

[Rechtfertigung des Einsatzes von Wirtschaftstheorie bei Planung und Lenkung der Wirtschaft]

„Wenn gelenkt wird, so wird eine Lenkung, die nicht alle Kräfte zu einem bestimmten Zweck zusammenzwingt, insbesondere nicht zu einem kriegswirtschaftlichen oder imperialistischen Zweck zusammenzwingt, sondern diese Kräfte zugleich auch als Träger des Ganzen sieht, an gewisse Grenzen geknüpft und gebunden sein, die nicht überschritten werden dürfen. Ich habe es damit negativ ausgedrückt. Aber es ist

<sup>86</sup> Protokoll der Gutachtertagung (GA), S. 6–8.

<sup>87</sup> GA, S. 8.

<sup>88</sup> GA, S. 8 f.

vielleicht an dieser negativen Ausdrucksweise anschaulicher, woran gedacht ist. Wenn es zu einer Lenkung der Volkswirtschaft kommt und (nicht) ein Optimum an Leistung mit einem Optimum an Entfaltung der persönlichen Kräfte das Ziel dabei ist, dann wird die Lenkung irgendwie ein Fehlschlag sein müssen und [...] alles unter einen Zwang stellen, wie er ja in der Kriegswirtschaft bei uns bestanden hat. Die Lenkung, wie sie heute möglich ist, kann ja alle die Erfahrungen und wissenschaftlichen Ergebnisse verwenden, die in einer Zeit von nun wohl zwei Jahrzehnten mindestens gesammelt worden sind, mit solchen Gewaltmethoden der Improvisierung und andererseits mit Versuchen, zu besser fundierten überlegteren Methoden zu kommen. Es ist gewiß heute die Lenkung der Wirtschaft nicht nur auf die groben Mittel des Gebots und des Verbotes angewiesen, sondern es steht eine kaum übersehbare Reihe von Lenkungsmitteln nicht nur direkter sondern auch indirekter Art mit der sogenannten leichten Hand zur Verfügung, daß es möglich ist, wenn die Verwaltung als Kunst betrieben wird auf dieser Klaviatur zu Akkorden zu kommen und nicht zu gewaltsamem Fortissimo angeschlagenen Einzeltönen.

Dieser elegantere, dieser gelockerte, dieser durchdachtere, dieser kunstvolle Stil der Planung steht also zur Diskussion, offensichtlich besonders dann, wenn man Vorstellungen über die Gesamtleitung der Wirtschaft hat, wie ich sie schlagwortartig mit dem Wort Optimum statt Maximum habe andeuten können.

Ein anderes läßt sich über die Planung vielleicht grundsätzlich vorausschicken: Optimum statt Maximum, Optimum auch in der Entfaltung der Persönlichkeitskräfte. Daraus folgt auch etwas über das Maß der Zentralisierung und Dezentralisierung der Lenkung.<sup>89</sup> [...]

„Diese Frage einer Dezentralisierung der Lenkung – und zwar so, daß die regionale und lokale Lenkung durch dazu berufene Instanzen konstituiert und dann bis zu einem gewissen Grade in eigener Verantwortung durchgeführt wird – steht jetzt heute zur Debatte. Dazu die Fragen des Behördenaufbaues, des Unterbaues, den sich die zentrale Lenkungsstelle schafft. Es ist eine besonders beachtliche Eigentümlichkeit des in der britischen Zone gebildeten Zentralamtes für Wirtschaft, daß dieses Amt, von den Engländern vor die Frage gestellt, welchen Unterbau es schaffen will, sich absolut eindeutig dahin entschieden hat, der Unterbau sollen die Behörden der Länder und Provinzen sein in der mittleren und die Behörden der Städte und der Landkreise in der unteren Stufe<sup>90</sup>, also kein eigener Behördenunterbau dieses Zentralamtes für Wirtschaft.“<sup>91</sup> [...]

„Die regionale und lokale Planung soll ihren eigenen Stil haben dürfen in der Gesamtplanung. Sie soll ihre eigenen Kräfte entfalten, und eben dadurch bietet sie das gesunde Gleichgewicht gegen die zentrale Planung. Eine nur von oben zentralistisch gestaltete Wirtschaft wird [...] um viele Gesichtspunkte verringert [...].“<sup>92</sup>

„[...] Wenn ein Gesamtplan vorliegt und auf der anderen Seite Hunderttausende von Einzelunternehmungen, die nun gelenkt werden sollen, damit der Gesamtplan verwirklicht wird, so sind in gewissem Sinne diese Einzelunternehmungen Organe der Wirtschaftspolitik. Sie verwirklichen den Plan. [...] Wie will man nun diese einzelwirtschaftlichen Kräfte einsetzen, [...] will man die ganze Volkswirtschaft zu einem Riesenkonzern machen im Sinne einer zentralen Verwaltungswirtschaft, oder

<sup>89</sup> GA, S. 9 f.

<sup>90</sup> Vgl. oben, Fußnote 13.

<sup>91</sup> GA, S. 10 f.

<sup>92</sup> GA, S. 140; wurde aus einem späteren Diskussionsbeitrag Weissers übernommen, weil sachlich in diesen Zusammenhang gehörig.



will man stattdessen eine Vielzahl von Unternehmungstypen, so daß die verschiedensten Kräfte eingesetzt werden, um dieses große Ziel, dieses Hauptziel zu verwirklichen?“<sup>93</sup> [ . . . ]

„In den vergangenen 12 Jahren war offensichtlich die Tendenz die, die Fülle der Stiltypen der Unternehmungen immer mehr zu verringern und selbst da, wo traditionell so verschiedenartige Formen vorlagen, allmählich den inneren Sinn der Unternehmungen zu uniformieren.“<sup>94</sup>

[Beispiel der Überführung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Zwangsverbände während der NS-Zeit]

„Auch hier sehen wir wieder dieses Doppelgesicht des Problems. Einerseits kann man diese Frage stellen unter dem Gesichtspunkte: wie erhöhe ich den Ertrag der Volkswirtschaft, wie erhöhe ich das Sozialprodukt, und andererseits kann man den unmittelbaren Wert, den kulturellen Wert der Erscheinungen betrachten. Ich glaube, daß damit die Erwägungen über Ziel und Stil der Wirtschaftslenkung sich doch auf solche Fragen, wie ich sie angedeutet habe, erstrecken müssen und daß eine möglichst deutliche Verständigung von der besonderen Bedeutung der wirtschaftspolitischen Besinnung im gegenwärtigen Augenblick erforderlich ist. Man wird bedenken müssen [ . . . ], daß ein ganz neuer Anfang gemacht werden muß in einer völlig veränderten wirtschaftspolitischen Situation unseres Volkes, die man kaum pessimistisch genug werten kann, aber doch auch in einer Situation unseres Volkes, in der dieses Volk nur eine Chance hat, sich wieder emporzuarbeiten, nämlich die, daß das Volk seine Arbeit, seine wirtschaftliche Arbeit unter aufraffende tragende Ideen stellt.“<sup>95</sup>

*Professor Dr. Müller-Armack:*

Überblick über die Argumente gegen Planwirtschaft überhaupt und ihre bisherigen Erscheinungsformen in Deutschland und anderen Ländern.

„Ich möchte nicht allgemein gegen die Lenkung sprechen, weil ich glaube, daß sich eine gewisse Form der Lenkung sehr wohl als Zukunftsweg erweisen wird, vor allem was Dr. Weisser schon als Politik der leichten Hand nannte, als den eigentlichen Kurs der Lenkung, von der ich nur feststellen möchte, daß sie nach meiner Auffassung in der Vergangenheit recht schlecht gehandhabt wurde.

Daher möchte ich mich auf die Argumente beschränken, die gegen eine die Marktwirtschaft ausschaltende Wirtschaftslenkung vorzubringen sind, wobei ich feststellen möchte, daß diese Einschränkung bezüglich der Vergangenheit nicht so bedeutsam ist, weil [ . . . ] die bisherige Lenkung aus der Marktwirtschaft über kurz oder lang meist wieder herausgeführt hat, [ . . . ] so daß der größte Teil aller bisherigen Lenkungsmaßnahmen, vor allem, seit man das Prinzip der Preisstabilisierung mit der Kaufkraftexpansion verband<sup>96</sup>, zu dieser Konsequenz führten und daher auch von den Argumenten, die ich hier vorbringen möchte, getroffen wird. Aber eine sinnvolle Verbindung einer aktiven Sozial- oder einer sozialistischen Wirtschaftspolitik mit einer Marktwirtschaft besteht zweifellos. Die Prinzipien einer solchen gesteuerten Marktwirtschaft habe ich nicht in meinem Referat darzustellen. Aber diese Prinzipien sind bisher kaum als Aufgabe begriffen worden, geschweige, daß sie realisiert wurden.“<sup>97</sup>

<sup>93</sup> GA, S. 11.

<sup>94</sup> GA, S. 11 f.

<sup>95</sup> GA, S. 12.

<sup>96</sup> Gemeint ist offenbar die Konjunkturpolitik des NS-Regimes.

<sup>97</sup> GA, S. 14.

[Müller-Armack fordert, daß „Idealtyp mit Idealtyp und Realität mit Realität“<sup>98</sup> verglichen werde.]

„[...] Während in der Praxis ja augenblicklich eine fast allgemeine Neigung besteht, Schwierigkeiten mit einem Mehr an Wirtschaftslenkung zu bewältigen, [dringt] in der Wissenschaft die Ansicht vor [...], daß die Marktwirtschaft ein Organisationsmittel ist, das nicht nur im Liberalismus allein, sondern zu fast allen Zeiten, verwendet wurde, als ein Mittel, um Massen zu wirtschaftlicher Kooperation zusammenzuführen und zu organisieren. Man kann im geschichtlichen Überblick wohl sagen, daß die Anwendung dieses Prinzips im 19. Jahrhundert den sozialen Wohlstand ermöglicht hat und daß wir gegenwärtig in einer sehr gefährlichen Lage stehen. Würde sich herausstellen, daß das, was wir an die Stelle setzen in diesen Jahrzehnten, ein wirtschaftliches System von wesentlich geringerer Produktivität ist, dann würde damit zum Teil auch die Lebensbasis der Millionenbevölkerung in Frage gestellt sein, die im 19. Jahrhundert erst heranwuchs auf Grund des Lebenspielraumes, der in einer anderen Zeit geschaffen wurde.“<sup>99</sup>

[Müller-Armack betont, daß dies eine von Weltanschauungen „völlig freie Frage“<sup>100</sup> sei.]

„Ich möchte alle die Argumente ausschalten, die so aus der Chronique scandaleuse der verschiedenen Wirtschaftssysteme stammen, die Hinweise auf die verschiedenartigen Korruptionsmöglichkeiten, die mit der Lenkung der Wirtschaft gegeben sein. Das sind nicht unwichtige soziologische Fragen insofern, als jedes wirtschaftliche Ordnungssystem bestimmte negative Erscheinungen aufweist. Diese Erscheinungen sind in der Marktwirtschaft wesentlich anders, liegen in der Richtung eines robusten Profitsystems, während sie in einer Wirtschaftslenkung anders sind; dort, wo ich Ämter habe, kann eine Amtskorruption einsetzen. Aber ich glaube, daß diese Dinge nicht zu einem eindeutigen Ergebnis führen, und daß, wenn wir die Dinge in der Realität betrachten, wir feststellen, daß beide Ordnungssysteme, sowohl die Marktwirtschaft wie die Wirtschaftslenkung, an der Unvollständigkeit alles Menschlichen zu leiden haben.“<sup>101</sup> [...]

„Den entscheidenden Mangel der Wirtschaftslenkung kann man wohl darin sehen, daß ein variables System der Wirtschaftsrechnung fehlt, welches die gesetzten [Ziele] auf ihre wirtschaftliche Rationalität hin überprüft.<sup>102</sup> Die im Wesen mit der Wirtschaftslenkung verbundene Preisgestaltung machte jede Kontrolle darüber unmöglich.“<sup>103</sup> [...]

„Ferner verliert man auf die Dauer die Möglichkeit, festzustellen, ob man das innerhalb der Lenkung angestrebte Wirtschaftsziel wirklich mit geringstmöglichem Aufwand erreicht. Das heißt: Deckung des Bedarfs und gleichzeitig die ökonomische Rationalität läßt sich in der Wirtschaftslenkung nicht mehr auf Grund der Ausschaltung eines variablen Rechnungssystems feststellen. Ich kann mit Vermutungen arbeiten, ich kann versuchen, etwa den Konsum durch eine bestimmte Art der Marktbefragung doch noch zu ermitteln, irgendwie in Konnex zu halten mit den tatsäch-

<sup>98</sup> GA, S. 15.

<sup>99</sup> GA, S. 15.

<sup>100</sup> GA, S. 15.

<sup>101</sup> GA, S. 16.

<sup>102</sup> Grundlage dieses „variablen Systems der Wirtschaftsrechnung“ ist der Preis, der – wenn er sich frei am Markt bildet – ein Indikator für Mangel oder Überfluß im Angebot eines Wirtschaftsgutes ist, gemessen an der kaufkräftigen Nachfrage.

<sup>103</sup> GA, S. 16.

lichen Planzielen, aber das sind sehr fiktive Dinge, Möglichkeiten, die in der Vergangenheit auch kaum angestrebt wurden, weil man anderen Zielen huldigte.“<sup>104</sup>  
[Hinweis auf die Gefahr, die von einem „eingefrorenen Preisgefüge“<sup>105</sup> für variable Wirtschaftsrechnung ausgehe.]

„Man wird ferner feststellen können, [...] daß die Ausschaltung der Preisfunktion zu einer dauernd weitergreifenden Intervention führt. Dr. Weisser hat auf die Fülle der der Lenkung zur Verfügung stehenden Mittel hingewiesen. Diese Fülle ist unbestreitbar, nur glaube ich, daß ihr Ursprung nicht der Überfluß, sondern der Mangel und der Zwang ist, nämlich der Zwang, dauernd in den Interventionen weiterzugehen, dauernd neue Formen dafür zu finden, weil der Lenkung eine sich selbst stabilisierende Form fehlt.“<sup>106</sup>

[Müller-Armack nennt als Beispiel die Arbeitsbeschaffungspolitik der Nationalsozialisten.]

„Man kann nicht das unmittelbare Votum, das der Konsument auf dem Markte durch seine Kaufkraftabgabe ausübt, durch eine Marktforschung ersetzen. Ich stehe persönlich der Marktforschung durchaus nahe, habe viel auf diesem Gebiet gearbeitet, aber ich glaube, daß man ihre Funktion hoffnungslos überschätzen würde, wenn man sagte: was der Konsument bisher dadurch, daß er seine Kaufkraft abgab, ausübte, das machen wir wissenschaftlich.“<sup>107</sup>

[Resümee: „Von der Konsumentenposition aus ergibt sich vieles, das die Wirtschaftslenkung als Schutz des Konsumenten vorgegeben hat, als fragwürdig.“<sup>108</sup>]

„Ich glaube, [...] daß die unternehmerische Tätigkeit im Sinne einer dynamischen Unternehmerfunktion innerhalb einer Lenkung wohl noch dem Scheine nach zu bestehen vermag, daß aber ein gewisses marktwirtschaftliches Element Voraussetzung ist: Die Tatsache des Gewinnes muß marktwirtschaftlich auch mit dem möglichen Verlust gekoppelt werden, und dieses Moment ist durch die Preisstabilisierung und ähnliche Maßnahmen in erheblichem Umfange eingeschränkt. Die Denaturierung der Unternehmerfunktion gehört mit zu den Einwendungen, die gegen die Lenkungswirtschaft zu erheben sind.“<sup>109</sup>

[Müller-Armack äußert die Vermutung, daß die Arbeitsbeschaffungspolitik der dreißiger Jahre „viel zu günstig“<sup>110</sup> beurteilt werde, weil Produktivitätsminderung dabei nicht berücksichtigt werde.]

[...] „Innerhalb einer mit stabilisierten Preisen und mit festen Zuteilungsquoten arbeitenden Wirtschaft ist ein realer Antrieb zu technischer Fortschrittlichkeit nicht gegeben. Das hängt zwangsläufig mit diesem System zusammen. Dann ist höchstens eine Frage, ob man einen größeren oder kleineren Gewinn erzielt, während in der Marktwirtschaft die Frage war, ob man einen Gewinn erzielt oder nicht gar einen Produktivitätsverlust erleidet.“<sup>111</sup>

[Resumierend: a. Frage, „ob es möglich ist, das Ideal demokratischer Theorie, die Freiheit, zu verwirklichen in einer Wirtschaftsordnung, die die Gebundenheit zum Grundsatz macht ...“<sup>112</sup>; b. Sachzwänge, wie Schwarze Märkte, Naturaltausch, Kom-

<sup>104</sup> GA, S. 16.

<sup>105</sup> GA, S. 17.

<sup>106</sup> GA, S. 17.

<sup>107</sup> GA, S. 18.

<sup>108</sup> GA, S. 18.

<sup>109</sup> GA, S. 19.

<sup>110</sup> GA, S. 20.

<sup>111</sup> GA, S. 20 f.

<sup>112</sup> GA, S. 21.

pensation u. a. verlangen Marktwirtschaft; c. Industriepäne, Reparationen und Außenhandelspläne stellen große Organisationsprobleme dar, zu groß, daß Lenkung sie lösen könnte - wie Lenkung sie auch in der Vergangenheit nicht lösen konnte.]

*Professor Dr. Peter:*

Leistungen der Wirtschaftstheorie für die Wirtschaftsplanung. [Peter unterscheidet in Morphologie, d. h. Struktur der Wirtschaft und den Wirtschaftsablauf (Prozeß) selbst, beschränkt seine Ausführungen aber auf die Frage, inwieweit die Prozeß-Theorie bei der Planung und Lenkung der Wirtschaft nützen könne.

Zwei Probleme stellt er dabei besonders heraus:

1. die Einfügung der Einzelwirtschaft in die Gesamtwirtschaft und
2. das Problem der Einfügung der Marktwirtschaft in den Wirtschaftsprozeß.

Peter vergleicht dabei Wirkungsweise und Leistung von Märkten und Plänen.]

„Ich möchte die These aufstellen, daß eine Rechenhaftigkeit in beiden Fällen möglich ist [...] und die Art und Weise, wie man zu einer Rechenhaftigkeit kommt, in beiden Fällen ganz ähnlich ist.

[...] Es sind auf beiden Seiten des Marktes viele Nachfragende, die tasten sich an den Gleichgewichtspreis heran. Es wird zu einem bestimmten Preis angeboten. Entweder stellt sich heraus: die Nachfrage nimmt nicht alles auf, dann muß man den Preis heruntersetzen oder das Angebot einschränken, oder es zeigt sich, daß man noch mehr los werden kann, dann richtet man sich danach. Man hat keinen Anhaltspunkt. Es gibt gerade nach der Theorie nicht etwas von Außen schon Gegebenes, sondern es gibt nur dieses sich an den Preis Herantasten, bei dem der Marktausgleich stattfindet. [...]

Wie ist es nun bei der Planwirtschaft? Da haben wir auch die Analogie der Preis-anordnungen oder Lohnordnung, in denen nach einem überindividuellen Maßstabe der Versuch gemacht wird, die Pläne so einzustellen, daß der Bedarf in dem Sinne, wie man es oben nach einer solch objektiven überindividuellen Zielsetzung wünscht, befriedigt wird. Da passiert genau das gleiche wie bei einer Marktwirtschaft. Man wird nicht gleich die Maßnahme finden, die direkt ins Schwarze trifft, sondern es wird sich zeigen, daß man in dem einen Falle in dieser Weise, im anderen Falle in jener Weise zurückgeblieben ist hinter dem Ziel und wird sich da auch heranzutasten versuchen an die Relationen, die notwendig sind, um den Plan in etwa zu erfüllen. Ich sehe da grundsätzlich einen Parallelismus, da es sich in beiden Fällen um ein Herantasten an Relationen handelt, die der Bedingung genügen, daß die Gesellschaftswirtschaft funktioniert.“<sup>113</sup>

[Er führt die Reihe der Parallelismen noch fort und schließt daraus, daß wir „gewisse Lehrstücke der objektiven Markttheorie unmittelbar übernehmen“<sup>114</sup> könnten. Dazu gehörten „die Arbeitswertlehre, die staatliche Profittheorie, die Lehre von der absoluten Rente . . ., Teile aus der Konjunkturtheorie . . ., die Grenznutzentheorie . . .“<sup>115</sup> Ferner die Grundlagen der Kostentheorie, die engere Kreislauftheorie und die Marktformentheorie. Neu entwickelt werden müßten dagegen eine Lohnordnung und andere Formen der Leistungsmessung. Peter fordert auch die Weiterentwicklung quantitativer Methoden in der Wirtschaftswissenschaft. Er weist darauf hin, „daß ja die Möglichkeit besteht, die Produktivität zu kontrollieren, indem man einen geeigneten Index . . . aufstellt“<sup>116</sup>]

„Die Frage Marktwirtschaft und Planwirtschaft ist nicht eine Frage verschiedener

<sup>113</sup> GA, S. 31/32.

<sup>114</sup> GA, S. 33.

<sup>115</sup> GA, S. 33.

<sup>116</sup> GA, S. 39.

Zielsetzung, sondern die Frage, welches ist das beste Mittel, das geeignete Mittel, um das Ziel, das wir voraussetzen, zu verwirklichen. Die Frage Marktwirtschaft oder Planwirtschaft wird nicht auf der Ebene der Werturteile debattiert oder erörtert, sondern ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Dabei ist höchstens die Frage, welche Nebenwirkung die eine oder andere Wirtschaftsform in derselben Zielsetzung auslöst oder besonders fördert.“<sup>117</sup>

„Eine solche Wirtschaft, die man sich selbst überläßt und bei der man dem freien Spiel der Kräfte den Lauf läßt, kann sich nur die Klasse leisten, die sich ihrer Übermacht absolut sicher ist. Wir wollen bei einer Planwirtschaft soweit wie möglich freiheitliche Maßnahmen durchführen. Ich sage aber, daß die Realität in der kapitalistischen Wirtschaft zeigte, daß da durchaus nicht die Vorstellung der Freiheit das primäre war, sondern die Vorstellung, daß der, der das Heft in der Hand hat, hier die Möglichkeit hatte, sich umso schrankenloser durchzusetzen.“<sup>118</sup>

[Den Referaten von Weisser, Müller-Armack und Peter folgt eine Diskussion, in deren Verlauf es zu 24 Wortmeldungen kommt (GA, S. 41–93). Es wird Übereinstimmung erzielt über die begriffliche Abgrenzung von Bewirtschaftung, Lenkung und Steuerung als Instrumente der Planung der Wirtschaft. Die Möglichkeit, Planwirtschaft mit Marktwirtschaft zu verbinden, wird dann am Beispiel des Wohnungsbaus diskutiert. Zentrales Thema der Auseinandersetzung ist schließlich, ob das Ausmaß der Lenkung entscheidend sei, d. h. die zweckmäßige Nahtstelle zwischen Markt und Plan gefunden werden müsse, oder ob allein ein Gesamtplan in Form „einer Wirtschaftspolitik des Wirtschaftskreislaufes“ (Suhr) Eingriffe in den Wirtschaftsablauf rechtfertige.]

*Dr. Suhr:*

„Es ist charakteristisch, daß die grundsätzlichen Fragen in der vierten Zone<sup>119</sup> bisher überhaupt nicht erörtert worden sind, daß wir zur praktischen Arbeit gezwungen wurden, bevor wir uns über theoretische Grundlagen klar gewesen sind [...]. Es ist noch sehr die Frage, welcher Weg der bessere ist, ob man nicht besser geht, wie wir in der vierten Zone zunächst gezwungen wurden, d. h. das Kind wurde ins Wasser geworfen und mußte sehen, ob es schwimmen konnte oder nicht, oder ob man erst die theoretische Fundierung sucht.“<sup>120</sup> [...]

„Es gibt nur zwei Wirtschaftsformen; es gibt [...] die Verkehrswirtschaft (oder Marktwirtschaft und (auf der anderen Seite) die zentral gelenkte [Wirtschaft]. Wirtschaftstheorien sind bisher fast ausschließlich auf die Marktwirtschaft beschränkt gewesen. Wir suchen erst nach einer Theorie der zentral gelenkten Wirtschaft. Und was von der Theorie gilt, gilt auch von der Praxis. Wir müssen unterscheiden zwischen der Wirtschaftspolitik der Marktwirtschaft und der Wirtschaftspolitik der zentral gelenkten Wirtschaft. Die Wirtschaftspolitik der Marktwirtschaft muß sich darauf beschränken, die Voraussetzungen des freien Wettbewerbs zu schaffen, im übrigen aber den Kreislauf der Wirtschaft sich selbst überlassen, während die Wirtschaftspolitik der zentral gelenkten Wirtschaft sich die Aufgabe setzen muß, diesen Kreislauf selbst zu steuern.“<sup>121</sup> [...]

„[Der] Sprung zu einer Wirtschaftspolitik des Wirtschaftskreislaufs [muß gemacht werden]. Die Knappheit der Rohstoffe zwingt zu einer Bewirtschaftung der Rohstoffe,

<sup>117</sup> GA, S. 89; wurde aus einem späteren Diskussionsbeitrag Peters übernommen, weil sachlich in diesen Zusammenhang gehörig.

<sup>118</sup> GA, S. 92; s. oben, Fußnote 117.

<sup>119</sup> Gemeint ist die sowjetische Besatzungszone (SBZ).

<sup>120</sup> GA, S. 46.

<sup>121</sup> GA, S. 46.

– niemand wird dem widersprechen – wobei ich ausdrücklich darauf hinweisen möchte, daß in der Kriegswirtschaft des Nationalsozialismus die Bewirtschaftungsmaßnahmen allmählich zur Lenkung der Produktion geführt haben, während umgekehrt in der Wirtschaft der Sowjetzone jetzt zunächst die Lenkung der Produktion vorgenommen wurde und eine Bewirtschaftung erst allmählich aufgebaut worden ist. Es scheint mir aber notwendig, die Grenzen der Bewirtschaftungsmethoden und der Produktionslenkung nicht immer zu verwischen. Es ist selbstverständlich, daß es dabei Übergänge gibt.“<sup>122</sup> [...]

„Wenn man bloß diese drei Aufgaben – Rohstoffverteilung, Bedarfsdeckung der Konsumgüter und die Frage der Sicherung des Arbeitsplatzes – ansieht, dann ergibt sich eine solche Fülle von wirtschaftspolitischen Maßnahmen und ein Zwang zu sehr starken Eingriffen in den Wirtschaftskreislauf, der nach meiner Meinung ohne einen Gesamtplan nicht geschehen kann. Ich halte es für eine Fiktion, hier zu meinen, daß es eine Politik der Interventionen geben könnte ohne einen Gesamtplan. Ich halte es für eine psychologische Täuschung derer, die behaupten, einen solchen Plan aufstellen zu können.“<sup>123</sup>

[...] „Dabei taucht natürlich das Problem, das ich als Politiker selbstverständlich sehe, auf, wie weit eine solche zentrale Wirtschaftsplanung in demokratischer Weise verwirklicht werden kann. Ich möchte aber sagen, daß die Formel, daß jede zentrale Wirtschaftsplanung zur Diktatur führt, zunächst nur eine Behauptung ist, die in keiner Weise irgendwelche Unterlagen hat. Das Beispiel von Rußland ist nach meiner Meinung in keiner Weise beweiskräftig. Zwangsläufig irgend etwas so hinzustellen, scheint mir hier abwegig zu sein, denn da sind die Dinge doch viel zu lebendig, da berühren sich doch wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Fragen viel zu sehr, um nicht den verschiedensten Möglichkeiten Raum zu geben.

Hier wird die wirtschaftspolitische Gestaltung wohl eingreifen müssen, und ich sah es längst als eine unserer wichtigsten Aufgaben an, dieses politische Problem zu lösen, ein Problem, das nach meiner Meinung außerhalb des Rahmens einer rein ökonomischen Tagung steht.“<sup>124</sup>

*Prof. Kromphardt:*

[Hier seien bisher zwei Modelle der Planwirtschaft genannt worden.]

„Es wird mit der Beeinflussung der Mieten operiert, das ist das eine Modell, und das andere ist das der Ernährungswirtschaft. Da ist mir aufgefallen, daß in der Wirklichkeit ein drittes Modell besteht, das ich warm empfehlen möchte und das nicht erwähnt worden ist; nämlich das Land, das wirklich Planwirtschaft kennt, heißt Sowjetrußland. Sowjetrußland arbeitet weder mit dem einen oder anderen, sondern mit dem dritten Modell, das grundsätzlich jeden einzelnen Markt in zwei Teile teilt.“<sup>125</sup> [...]

„Man braucht das Geld als Maßstab, zu weiter nichts, und muß sein Geld- und Finanzsystem so planen, daß eben dieser Maßstab des Rubels wieder ein Maßstab ist, mit dem man wirtschaftlich etwas mißt. Das sind die beiden Formeln, die in der Wirklichkeit bisher geschaffen wurden: die Subordinierung der Pläne unter den Finanzplan und die Subordinierung des Finanzplanes unter den Güterplan. Das ist das sowjetrussische System. Beides nennen wir nicht Wirtschaftslenkung in dem Sinne, was wir unter Wirtschaftslenkung verstehen, sondern die Wirtschaftslenkung

<sup>122</sup> GA, S. 47.

<sup>123</sup> GA, S. 48.

<sup>124</sup> GA, S. 48 f.

<sup>125</sup> GA, S. 68.

müßte ein drittes System sein, und das ist eine Koordinierung von Güterplan und Finanzplan. Wir leben ja schon in diesem dritten System. Die Koordinierung von Finanz- und Güterplan ist versucht worden. Sie heißt Festpreis- und Stopppreis-system.<sup>126</sup> [ . . . ]

„Wir können einen sozial anerkannten Lebensstandard durch ein [ . . . ] Kartensystem ausgleichen. Das bisherige Kartensystem hatte den Sinn, die Masse der Konsumenten zugunsten des Großkonsumenten, des kriegsführenden Staates an der Expansion zu verhindern. Was ich im Auge habe, ist eine Veredelung des Kartensystems zu dem Zweck des Ausgleichs eines bestimmten sozialen Lebensstandards. Es muß dafür gesorgt werden, daß diese Punkte oder Karten durch die ganze Volkswirtschaft durchlaufen, genau wie der Geldkreislauf hindurchläuft, daß man gegen Geld als Ausdruck des produktiven Beitrages etwas kauft und gegen Abgabe der Karte als Ausdruck, daß man ein sozial anerkanntes Bedürfnis befriedigen will.“<sup>127</sup> [ . . . ]

„Es ist eine Finanzplanung der Volkswirtschaft, die das liberalistische System darstellt und dieser Finanzplan ist im liberalistischen System dem Güterplan eindeutig übergeordnet. Es darf nur das in der Güterwelt geplant werden, was mit diesem Finanzplan sich vereinbaren läßt. Das ist der Grund, warum dieses System auch funktioniert, denn es ist in der Tat eine Planung, eine Finanzplanung des gesamten volkswirtschaftlichen Ablaufs. Hier läuft durch diese Formalplanung der Planungsgedanke, wie wir ihn heute verstehen wollen, seiner Wurzel nach auf der Güterseite der Volkswirtschaft, gewachsen von den Gütern her, dank der Leute, die mit dem Planungsgedanken groß geworden sind. Sowjetrußland wollte den reinen Typ der Planung an die Stelle der kapitalistischen Geldplanung setzen. Sowjetrußland hat versucht, das ganze Geld- und Kreditwesen zu ruinieren und abzuschaffen und hat geglaubt, daß eine reine Naturplanung eben das System wäre, das an die Stelle der Finanzplanung zu treten hätte. Sowjetrußland ist von diesem Kurs abgegangen. Rußland hat ein für seine Verhältnisse zugeschnittenes neuartiges Geld- und Kredit-system entwickelt, weil es entdeckt hat, daß die reine Naturplanung nicht funktionieren kann, weil ihr der Maßstab fehlte und hat zurückgegriffen auf das Geld und die Kontrolle durch den Rubel. Das war das große Schlagwort der neuen Politik, wie sie sich in den Fünfjahresplänen erfolgreich durchgesetzt hatte. Kontrolle durch den Rubel, das heißt für uns, es muß in einer Volkswirtschaft neben einem Güterplan auch einen Finanzplan geben, aber, und das zeigt dieses Beispiel Sowjetrußland, man kann diesen Finanzplan dem Güterplan subordinieren, denn das Geld- und Finanzwesen hat ein anderes Aussehen, als das was wir haben.“<sup>128</sup>

*Regierungsdirektor Dr. Nölting:*

„[ . . . ] Was wir in den letzten Jahren in der Kriegswirtschaft hatten und auch heute in der Lenkungswirtschaft haben, [kann] nicht mit irgendeinem Typ einer klaren Planwirtschaft verglichen werden [ . . . ]. Das sind Dinge, die aus einem besonderen Notstand heraus geboren waren, [ . . . ] die man in gar keiner Weise als Planwirtschaft bezeichnen kann.

[ . . . ] Die Frage, ob der einen oder anderen Wirtschaftsform zuzustimmen ist oder nicht, [kann] nicht aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus beantwortet werden [ . . . ], sondern diese Frage wird auf völlig anderer Ebene entschieden, und diese Ebene geht dahin, daß wir heute nicht mehr bereit sind, der Wirtschaft jene Rolle im Leben

<sup>126</sup> GA, S. 116; wurde aus einem späteren Diskussionsbeitrag Kromphardt's übernommen, weil sachlich in diesen Zusammenhang gehörig.

<sup>127</sup> GA, S. 108; s. oben, Fußnote 126.

<sup>128</sup> GA, S. 115; s. oben, Fußnote 126.

zuzuerkennen, die sie sehr zum Schaden unseres gesamtwirtschaftlichen Lebens lange Zeit gespielt hat.

Es wird eine Form der Wirtschaft angestrebt, die [...] es ermöglicht, daß nicht das oberste Prinzip des Wirtschaftens das Profitstreben ist, sondern die eine Form, in der wieder der Mensch das Maß aller Dinge wird und in der die Wirtschaft auch vielleicht in jener ungeheuren Dynamik, wie wir sie im letzten Menschenalter erlebt haben, nicht mehr im Vordergrund steht, sondern eine Wirtschaft, die sehr viel bescheideneren Zwecken dient und den übrigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens jenen Raum und jene Möglichkeit beläßt, daß sie zu einem Leben von Würde und Anständigkeit für den Einzelnen ausgeht oder ist.

[...] Dieses Ziel der Planwirtschaft hat einmal zum Maßstab, die Wirtschaft wieder in jene Schranken zurückzubringen, über die sie nach meiner Ansicht und nach Ansicht eines großen Teils unseres Volkes sehr zum Schaden der übrigen Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens hinausgerückt war.“<sup>129</sup>

*Dr. Suhr:*

„Wenn ich aus dieser Debatte noch zu einigen Fragen Stellung nehmen darf, dann möchte ich aus meiner praktischen Erfahrung in der Sowjetzone sagen, daß das Modell Rußland nicht so ohne weiteres für uns Vorbild sein kann.

Es handelt sich nicht um eine politische Frage, sondern es handelt sich um die Feststellung verschiedener Daten, und ich habe es immer wieder als meine Aufgabe angesehen, diese unterschiedlichen Daten der deutschen und der russischen Wirtschaft klarzulegen, und ich sehe sogar [...] einen Teil der Landwirtschaftsverluste in der Planungsarbeit der Sowjetzone darin, daß man einfach die Methoden und Erfahrungen der russischen Planwirtschaft auf die deutsche übertragen hat, und ich glaube, sagen zu können, daß in den Fällen, in denen ich mich durchgesetzt habe und man von diesen Methoden abgewichen ist, die Planungsarbeit ein Erfolg gewesen ist, weil einfach die verschiedensten Tatbestände der Länder angepaßt werden müssen.“<sup>130</sup>

[...] „Aber gerade aus der Gesamtkonzeption der heutigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland halte ich die Aufrechterhaltung der freien Märkte für unmöglich in der gegebenen Situation im Augenblick. Versuche in der Sowjetzone haben sich als untauglich erwiesen. Nun spreche ich nicht von den freien Märkten der Landwirtschaft, die kann ich nicht beurteilen, aber soweit freie Märkte in der Sowjetzone auf dem Industriesektor sind, haben sie dieselben Mißerscheinungen, wie sie auch hier auftauchen, daß wertvollstes Material zu den sinnlosesten Dingen verwendet wurde<sup>131</sup> und gleichzeitig in einem Augenblick, indem wir ein allgemeines Ansteigen der Kosten aus den verschiedensten Gründen feststellen können.“<sup>132</sup>

*Professor Dr. Müller-Armack:*

„Wir wollen heute die Wirtschaft einschränken auf ihren Bereich. Sie soll nicht allzu mächtig werden. Da folge ich Ihnen durchaus. Allerdings unter der gegenwärtigen Situation sehe ich die Möglichkeiten nicht. Wir haben in erster Linie einen völlig

<sup>129</sup> GA, S. 70.

<sup>130</sup> GA, S. 80.

<sup>131</sup> Über das Problem der „falschen Preisrelationen“ klagen auch die Planer im Westen: sie seien schuld an „Hufeisen aus Manganstahl und Ofenrohre aus Qualitätsblechen“ (Verwaltungsamt für Wirtschaft, Die Wirtschaftslage im Nov./Dez. 1947, Bundesarchiv, Z 8/208, S. 156).

<sup>132</sup> GA, S. 80 f.



zerstörten Fabrikationsapparat, eine zusammengedrückte Bevölkerung, die noch keine Arbeitsmöglichkeiten hat, unterzubringen, und die zentrale Frage, vor der wir stehen, ist: wie machen wir das, wie können wir diese Bevölkerung unterbringen. Da geht es darum: welches Mittel ist dazu geeignet. Die Marktwirtschaft hat die Fähigkeit, eine steigende Bevölkerung im 19. Jahrhundert in Arbeit zu bringen, die letzte Möglichkeit herauszuholen; bewiesen. Deshalb sehe ich nicht ein, warum man in einer Zeit wie der gegenwärtigen zumindest diese Notwendigkeit nicht auch einmal prüft.“<sup>133</sup>

Ende des ersten Sitzungstages: 19.00 Uhr

Samstag, 22. Juni 1946, 9.00 Uhr [Zweiter Sitzungstag]

Dr. Weisser:

„Gestern hat sich in den Fragen der Stellung zu Plan- und Marktwirtschaft das amüsante Ergebnis gezeigt, daß sich beide Lager in der Defensive fühlten und beide sagten: „Ihr bösen Anderen.“ [...]“<sup>134</sup>

„Mir scheint wichtig für den weiteren Verlauf der Diskussion, daß auch Herr Professor Müller-Armack ausdrücklich betont hat, daß er nicht eine Wirtschaftsverfassung vertritt, in der die Eingriffe sich auf den bloßen Schutz der Spielregeln einer freien Konkurrenz beschränken. [...] Es ist also durchaus so, daß hier eine gemeinsame Grundauffassung besteht, von der aus weiterdiskutiert werden kann, daß nämlich ein – um mich mit Dr. Suhrs Worten auszudrücken – volkswirtschaftlicher Gesamtplan in bewußter Gestaltungsabsicht zugrundegelegt wird [...].“<sup>135</sup>

[...] Das kulturelle Leben der Völker [ist] in seinen positiven Werten durch das Ideal der Freiheit ausreichend bestimmt [...]. Wenn man die Dinge so formuliert, wird klar, daß die obersten Kriterien für den Geist der Wirtschaftslenkung damit offensichtlich erschöpfend nicht bestimmt werden. Es fehlt ein Wert, der für die Freiheit ein positiver, kultureller ist und dem bei dieser Formel kein Raum eingeräumt wird. Das ist der Wert der Gemeinschaft. Es gibt heute kaum eine Möglichkeit, diesen – sagen wir – sozialistischen Wert, den den Sozialisten besonders am Herzen liegenden Wert, ohne daß Mißverständnisse entstehen, schlagwortartig zu erläutern.“<sup>136</sup>

[Es folgt zuerst ein sehr systematisch angelegtes Referat Kromphardts „Mögliche Mittel der Wirtschaftsplanung“, dann das Referat Harmssen.]

Senator Harmssen:

Bestandserhebung zur Vorbereitung der Wirtschaftsplanung.

[Harmssen berichtet eingangs über den Fortgang der Bestandserhebung in der Wirtschaft der britischen Zone, die vor allem drei Ziele habe:

1. Systematisierung der Wirtschaftsstatistik;
2. Aufstellung von Grundsätzen für eine rationelle Planung;
3. Kapazitätserhebung für alle Betriebe.]

„Es ist höchst verwunderlich, daß diese Wirtschaft nach dem Zusammenbruche nicht längst ihr Leben ausgehaucht hat, daß wir mit einer relativ geringen Zahl echter Arbeitsloser dastehen. Die Ursache für diese unerwartete Fülle von Lebendigkeit ist darin zu sehen, daß diese Wirtschaft eine unerwartete Solidarität hat walten lassen, das Wettbewerbsschaffen stillschweigend abgebaut hat, Rücksicht auf unverschuldete

<sup>133</sup> GA, S. 84 f.

<sup>134</sup> GA, S. 94.

<sup>135</sup> GA, S. 94 f.

<sup>136</sup> GA, S. 96.

Insolvenz genommen hat, aber vor allem eine Tugend in einem hohen Maße wachsen ließ: elastischer und improvisationsfähiger zu werden, allerdings unter mehr oder weniger häufiger Mißachtung des Rohstoffes. Diese Elastizität ist zweifellos zurückzuführen auf die noch vorhandene Initiative und Findigkeit des Unternehmers, der einen Ausweg gefunden, sein Produktionsprogramm gewechselt hat und dann nach und nach in die gewünschte Dringlichkeitsstufe geschlüpft ist. Wollten wir diese Initiative untergraben, die eines unserer wesentlichen Aktiva darstellt, würde die Wirtschaft bald der Auszehrung zum Opfer fallen und dann verlöre sie wahrscheinlich ihre letzte Potenz. [...]

Es läßt sich auch in der Zukunft der Schrecken des Privatkapitals und seiner Profit-sucht nur noch schlecht zitieren, da alles mehr oder weniger durch Kriegsschulden, Besatzungsschäden enteignet, vieles nivelliert ist und die Steuern so sind, daß keiner mehr weiß, was er noch besitzt oder noch weniger, was das Schicksal des vorhandenen Buchkapitals sein wird.

Man kann einwenden, daß der Staat wahrscheinlich in Zukunft der eigentliche Risikoträger sein werde. Das ist doch ein Zustand, den wir mit allen Mitteln zu bekämpfen haben und dem wir uns auch zu widersetzen hätten und der nicht als Voraussetzung angesehen werden kann für eine Sozialisierungskonjunktur. In unserer Lage brauchen wir nicht das Argument anzuwenden, daß jede Sozialisierung dem Arbeiter den Hebel in die Hand liefert, mit dem er selbst Teile der Wirtschaft lahmzulegen im Stande wäre. Wenn eine Kraftstromzentrale in der Nordrheinprovinz existierte und verstaatlicht würde, würde den Arbeitern eine Macht ausgeliefert, die die Existenz der Provinz selbst bedrohen könnte.

Das ist ein sehr einseitiges Argument, aber auf der anderen Seite ist nicht abzuleugnen, daß die Klasseninteressen des Arbeiters und die damit verbundenen lohnpolitischen Ansprüche damals krasser auftraten und einseitiger ihren Einfluß geltend machten, als der kapitalistische Unternehmer oder seine Verbände imstande wären.

Aus der Notwendigkeit der Planung das zwingende Bedürfnis nach Sozialisierungsmaßnahmen abzuleiten, ist im gegenwärtigen Stadium nicht gerechtfertigt. Viel entscheidender scheint nur, was wir hier besprechen, die Planung vorzubereiten.<sup>137</sup> [...]

„Wie wird nun diese Planwirtschaft ausgerichtet sein müssen, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen soll? Wir haben gestern gehört, diese Planwirtschaft soll mehr oder weniger autoritative Funktionen haben, daß beispielsweise das Zentralamt für Wirtschaft die Vollmacht erhält, allein zu bestimmen, nach welchen Dringlichkeitsstufen produziert werden darf, welche Kapazitäten zu vernachlässigen sind, welche Exportindustrie bevorzugt werden muß. Wir kennen nicht die politische Form des Reiches, wissen nicht, ob es förderativ oder unitarisch ausgerichtet sein wird, wahrscheinlich wird kein ausgeprägter Zentralismus obwalten, wahrscheinlich wird auch in der öffentlichen Meinung nicht eine Obrigkeitsherrschaft gewünscht, sondern bis zu einem erheblichen Grad der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung den Ländern und Provinzen ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt. [...] Es wird eine Demokratie auch aufseiten der Politik kaum möglich sein, wenn die Wirtschaft autoritär sein soll. Zudem haben wir als gebrannte Kinder schon derartige Erfahrungen gemacht, daß wir der leichten Hand jederzeit den Vorzug geben möchten.“<sup>138</sup>

[Harmssen weist auf die negativen Folgen der Selbstverwaltung in den Betrieben hin, die „dem Unternehmer den letzten Rest von Wagemut nehmen muß“.<sup>139</sup>]

<sup>137</sup> GA, S. 122 f.

<sup>138</sup> GA, S. 123 f.

<sup>139</sup> GA, S. 124.

„Gefahr vonseiten des inländischen Kapitals besteht zur Zeit überhaupt nicht, und daß, solange die Besetzungsmacht im Lande ist, eine solche Macht nicht wieder entstehen kann, dürfte außer allem Zweifel sein. Die Gefahr droht viel mehr von der Seite der Ernährung und der Rohstoffe.

Im übrigen ist auf dem Wege über die Steuerreform ein Ausgleich der Besitz- und Einkommensunterschiede ohne weiteres möglich. Wir können meiner Ansicht nach, wenn ich einmal die Aufgaben des Zentralamtes für Wirtschaft oder des Staates überhaupt betrachte, nur eine ganz nüchterne Politik der Substanzerhaltung zur Leistungssteigerung betreiben, der Konzession und der Überwachung der Produktion.“<sup>140</sup> [ . . . ]

„Erst wenn die Grundfesten dieser Wirtschaft wieder gesichert sind, können wir den Entwurf der Fassade vornehmen. Auch die Konstellation der öffentlichen Meinung ist noch nicht erkennbar, solange wir keine öffentlichen Wahlen hinter uns gebracht haben und [solange] der Konzeption von heute das Odium anhaftet [ . . . ] der Ideologie des Kontrollrates entsprungen zu sein, die sich im ganzen [ . . . ] als eine verhängnisvolle Zentrifugalkraft auf der Ebene der Wirtschaft ausgewirkt hat. Erst wenn dieses Chaos überwunden ist, wenn der Mechanismus der gewerblichen Wirtschaft bewiesen hat, daß er in Gang bleiben kann, besitzen wir eine gewisse Freiheit des Handelns wieder, zu untersuchen, wie die für die Produktionssteigerung unerläßliche Planung aussehen muß, und dann können wir uns gerade, weil an die Gewandtheit, die Sachkenntnis und Entschlußkraft des Unternehmers ungeheuerere Anforderungen gestellt werden müssen, Eingriffe oder Einbrüche in die Struktur der Wirtschaft nicht verantworten. Jede Umbildung wäre ein Gnadenstoß in diesem Augenblick.“<sup>141</sup> [Harmssen zeichnet im folgenden ein äußerst pessimistisches Bild der Zukunft der deutschen Wirtschaft.]

„Wenn ich die Apparatur unserer Wirtschaftsbehörden betrachte und die Schwierigkeiten sehe, mit denen sie zu ringen haben, bevor sie überhaupt mit positiver Arbeit beginnen können, dann fühle ich mich verpflichtet, von der Inangriffnahme jeder wirtschaftlichen langgespannten, langfristigen Aufgabe ernsthaft zu warnen. Wir haben uns auf die Anforderungen der nächsten Monate vorzubereiten, haben mit der Währungsreform zu rechnen, die einen großen Teil unserer jetzt noch lebenswichtigen Betriebe in Konkurs zwingt.

Es wäre meiner Ansicht nach in diesem Kreise dringend erforderlich, die Frage zu klären: Wie kann die Wissenschaft in die Nahaufgaben dieser Planung eingebaut werden! Es gibt ein Reihe konkreter Aufgaben. Ich könnte mir vorstellen, daß die Wissenschaft, wie sie Dr. Peter uns angeboten hat, im Stande wäre, das Fertigungsvolumen oder den Rohstoffbedarf im Vergleich zu dem Lebensstandard der übrigen Völker zu ermitteln und genau zu sagen, was an Glas, Holz, Ziegel usw. gebraucht wird. Diese Unterlagen sind einfach nicht da. Wir können sie nicht erheben. Man würde vielleicht ermitteln können: wenn wir 25 Mill. Einwohner in der britischen Zone haben, muß das Volumen so groß sein, bei 24 oder 26 Millionen soundso groß, daß wenigstens einigermaßen verläßlich Ziffern vorhanden wären. Es müßten Kataloge erarbeitet werden, für die wir rohstoffmäßige Methoden für unsere Produktion haben, ganz abgesehen davon, daß wir die Verkehrsprobleme besonders untersuchen müßten, da wir nicht im Stande sind, die Eisenbahnen zu höheren Leistungen zu bringen. Ich würde es für erforderlich halten, diese Aufgaben auch der Wissenschaft schon heute zu stellen, die für meine Begriffe – das soll keine Kritik sein – zum größten Teile im luftleeren Raume arbeiten muß.“<sup>142</sup>

<sup>140</sup> GA, S. 124.

<sup>141</sup> GA, S. 125.

<sup>142</sup> GA, S. 126 f.

*Regierungsdirektor Dr. Mössner:*

Regionales und lokales Planen.

[Mössner weist auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus der relativen Enge des Planwirtschaftsraums ergeben und gibt Beispiele für das Fehlen eines zentralen, leistungsfähigen Lenkungsapparates.]

„Ich möchte Sie mit dem Stichwort versehen: hätten wir nur einen Plan. Wir müssen täglich tun, als ob wir ihn hätten, müssen ihn ad hoc aus der Hand schütteln und sind froh, wenn das Zentralamt schnell vorwärts kommt, fürchten allerdings bei der ganzen Situation, daß es langsam gehen wird.“<sup>143</sup> [...]

„Wir haben auf dem Gebiet der Baustoffproduktion, -kontrolle und -lenkung usw. immerhin etwas erreicht [...]: wenn von zentralen Stellen – nicht vom Zentralamt für Wirtschaft – in diesen Dingen herumgeführt wird, so haben wir uns danach wenig gerichtet. Dort wird vielfach nach der Methode gearbeitet: alle vier Wochen etwas anderes. Wir richten uns nicht danach. Wir haben unsere Arbeit so eingerichtet, daß wir ganze Arbeit leisten, und sind überzeugt, daß das Zentralamt damit etwas anfangen kann. Das ist der einzige Weg, auf dem wir alle Gesichtspunkte, die herausgestellt wurden aus der täglichen Verwaltungspraxis, überhaupt in die Praxis überführen können.

Die Situation ist doch so, daß die Unternehmer mehr oder weniger zum Schiebertum gezwungen sind, weil ihnen die Unterlagen nicht an die Hand gegeben werden, richtig wirtschaften zu können, weil das Behördendurcheinander so groß geworden ist, daß sie sich nicht mehr auskennen. Ich habe Schreiben der größten und vorbildlichsten Unternehmerpersönlichkeiten bekommen, die mir schrieben: wenn Sie mir weiterhin solche Schwierigkeiten machen, bringe ich meine Baustoffvorräte in die amerikanische Zone. Ein Mann hat mir neulich gesagt: 80% meiner Umsätze erziele ich mit Materialien, die nicht bewirtschaftet sind. Soweit sind wir, und hier beginnt das Problem.“<sup>144</sup>

*Professor Pfister:*

„Wir alle wissen, daß das Wirtschaftsschicksal sich über uns erst noch entfaltet und daß dem militärischen und politischen Tod auch noch der wirtschaftliche Tod folgen kann. Gerade weil wir uns über das Ausmaß des Wirtschaftsschicksals keinen Illusionen hingeben dürfen, müssen wir jede Chance, die uns geblieben ist, um dieses Unglück aufzuhalten, zu mildern, auszunutzen. Wir können sagen: der Größe des Unglücks entsprechend, muß dieses Unglück geistig erst einmal aufgenommen werden, und dann müssen wir alle unsere geistigen Kräfte einsetzen. Dieses Unglück ist so groß, daß nur eine Gesamtplanung möglich ist. Aber über das Wort Gesamtplan müssen wir uns erst einmal klar werden.“<sup>145</sup>

[Pfister nennt dann die Planziele, die seit 1914 in allen Industrieländern in den Vordergrund zunehmender staatlicher Lenkungsstätigkeit im wirtschaftlichen Bereich getreten sind. Dazu gehöre die Konjunkturpolitik ebenso wie der Wohnungsbau und das Geld- und Kreditwesen.]

„Ein weiteres Planungsziel ist die Mobilisierung der Arbeiter. Wir sind uns darüber einig, daß nicht 30% von dem in Deutschland gearbeitet wird, was gearbeitet werden könnte. Wer sich da Illusionen hingibt, mag das tun, aber es ist tatsächlich so. In Holland ist man dazu übergegangen, einen besonderen Anreiz zu geben. Wer so und soviel Kohlen mehr gefördert hat, bekommt einen Bonus auf Kleidung, Radio-Apparate und dergleichen, auch in Rußland. Wir kommen um etwas ähnliches nicht

<sup>143</sup> GA, S. 135.

<sup>144</sup> GA, S. 136.

<sup>145</sup> GA, S. 142.

herum. Der Arbeiter sieht: wenn ich mehr arbeite, bekomme ich auch etwas, brauche nicht 100 km zu fahren, um 20 Pfund Kartoffeln zu holen und dabei Gefahr zu laufen, daß sie mir weggenommen werden. Wir kommen, wenn wir dieses Planungsziel aufstellen: Mobilisierung der Arbeiter und Steigerung der Produktion, um die Formen, wie sie die freie Verkehrswirtschaft entwickelt hat, nicht herum. Wenn wir mehr Arbeitskräfte in den Bergbau bringen wollen, müssen wir mehr bieten, müssen marktmäßig einen Anreiz geben, um überhaupt mit den Grundstoffen die Wirtschaft richtig in Gang zu setzen. Gesamtplanen, aber mit einem ganz verschiedenartigen Instrumentarium und mit den verschiedensten Reizmitteln. Ein Maximum und Optimum muß gleichzeitig erreicht werden.“<sup>146</sup>

*Dr. Suhr:*

„Ein grundsätzliches Problem, eine Lösung unserer Tagesaufgaben zu finden, worunter Sie hier offenbar besonders leiden, besteht in der Sowjetzone nicht, denn in der Sowjetzone ist von vornherein ein konstruktiver Lösungsversuch unternommen worden. Die Sowjetmacht ist die einzige von den alliierten Mächten, die von vornherein mit einer konstruktiven Lösung an die Aufgaben gegangen ist.

Wir haben heute vielfach über Planwirtschaft gesprochen, und es kennzeichnet die Eigentümlichkeit der Situation im Osten, daß das Wort „Planwirtschaft“ dort in keiner Weise offiziell gefallen ist. Weder die sowjetische Militäradministration noch die Staatspartei, die SED, spricht von Planwirtschaft. Es ist vom parteipolitischen Standpunkt – das charakterisiert die Situation – verboten, von Planwirtschaft zu sprechen. Dafür mögen zwei Motive maßgebend sein. Das eine ist ein politisch-taktisches Motiv: man will den Aufbau, dessen Schwierigkeiten man durchaus kennt, nicht durch eine vorzeitige Herausstellung der Ziele kompromittieren, man will aber auf der anderen Seite auch schnell ohne besondere Etikette, ohne besondere Propaganda Tatbestände schaffen, an denen die Westzonen nicht vorübergehen können.

Ich bin immer wieder erschrocken, so oft ich im Westen gewesen bin, wie stark man sich schon vom Osten distanziert hat und wie sehr man des Glaubens lebt, daß von russischer Seite der eiserne Vorhang einmal fallen würde. Ich möchte auf dieses politische Problem nicht eingehen. Ich spreche lediglich vom ökonomischen Standpunkt zur Beurteilung von ökonomischen Verhältnissen. Es besteht für mich darüber kein Zweifel, daß die Revolutionierung der Wirtschaft, wie sie sich in der Sowjetzone vollzieht, nicht unter dem Gesichtspunkte betrieben worden ist, etwa eine Trennung zwischen Ost und West zu schaffen, sondern im Gegenteil den Westen zu zwingen, sich an den Tatbeständen des Ostens zu orientieren. Hier sind Tatbestände geschaffen worden, die nach meiner Meinung den Westen zwingen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen.“<sup>147</sup>

[Suhr betont, daß im Osten von Planwirtschaft bisher nicht gesprochen werde und auch nicht gesprochen werden könne, weil aus Teilplänen oder Einzelplänen kein Gesamtplan erwachse.]

„Man [ist] auch in der sowjetischen Militäradministration von einer Aufstellung von Jahresplänen abgekommen und zu Vierteljahrsplänen übergegangen [...]. Das spielt eine entscheidende Rolle. Aber der Vierteljahrsplan muß in irgendeiner Weise orientiert werden an dem Gesamtaufbauplan. Das ist die eine Koordinierungsaufgabe.

Die zweite ist eine schwierige Aufgabe: die Abstimmung der lokalen, regionalen und zentralen Pläne. Da ist es nicht etwa so, wie das meistens hier offenbar geglaubt wird, daß von der Sowjet-Militäradministration der Gedanke der zentralen Planung

<sup>146</sup> GA, S. 144.

<sup>147</sup> GA, S. 146.

von einer Stelle aus vertreten wird. Sondern im Gegenteil: die sowjetische Militäradministration hat den Gedanken der dezentralisierten Planung überspannt, daß ich mich als größten Gegenspieler bezeichnen darf für einen Generalplan in der Sowjetzone. Es hat eine Fülle von Auseinandersetzungen gegeben, die immer wieder diese Diskrepanz zu der Sowjetadministration wohl mehr aus politischen als ökonomischen Gründen geforderten dezentralisierten Planung zeigten.<sup>148</sup> [...]

„Es ist selbstverständlich, daß die technische Forschung nicht mehr wie bisher Aufgabe der Großbetriebe sein kann. Es bestehen seit langem Vorarbeiten, diese technische Forschung in irgend einer Weise bei den Zentralverwaltungen zusammenzufassen, mit den ganz bewußten Aspekten, sie vor allen Dingen den kleineren und mittleren Betrieben zugutekommen zu lassen. [...] Es ist eine falsche Vorstellung [...], wenn man der Meinung ist, daß die von der Sowjetwirtschaft, von der sowjetischen Militäradministration oder den politischen Experten der KPD vorwärtsgetriebene Entwicklung zu einer Förderung der Großbetriebe führt. Ich glaube nicht, daß irgendwo in der westlichen Zone so stark das Gewicht auf die Förderung von kleineren und mittleren Betrieben gelegt worden ist, wie in der Sowjetzone. Ich habe die Organisation des Handwerks in der Hand gehabt und weiß, wie stark diese Dinge systematisch in den Vordergrund gestellt worden sind und ich möchte als Nationalökonom sprechen und sagen, daß die Anbetung des Großbetriebes eine Folge der Verkehrswirtschaft ist, daß die Verkehrswirtschaft zwangsläufig den Betrieb zur maximalen Ausdehnung treibt und daß es wünschenswert ist – ich darf mich da auf Schmalenbach<sup>149</sup> berufen [...] und eine Aufgabe gerade der Planwirtschaft, dadurch das Optimum der Betriebsgröße, das Optimum der Branchenentwicklung zu bestimmen. „Ich möchte sagen, daß wir aus den Schwierigkeiten der improvisierten Planung, die im September vorigen Jahres aufgenommen worden ist, im Frühjahr oder zu Beginn dieses Jahres herausgekommen sind und daß man jetzt versucht, den Verteilungsplan der Produktionsplanung zu koordinieren.“<sup>150</sup>

[Suhr zeigt anhand praktischer Beispiele aus der Fensterglasproduktion und der Zellstoff- und Papierindustrie, wie kompliziert die Zusammenarbeit der deutschen Planer in der SBZ mit der sowjetischen Militäradministration ist.]

„Ich habe folgende Arbeitsmethode für die Industrieplanung entwickelt. Auszugehen ist unter allen Umständen von dem Bedarf. Es ist zunächst eine Bedarfsplanung aufzustellen und zwar als Vorrang Reparationsplanbedarf der sowjetischen Militäradministration, der Roten Armee, soweit sie diesen Anspruch erhebt. Das sind zwei entscheidende Punkte, um deren Erfüllung die Zentralverwaltung der Industrie heute noch mit der sowjetischen Militäradministration ringt. Auf jeden Fall steht die Zentralverwaltung auf dem Standpunkt, daß eine geordnete Planung durchgeführt wird. Bisher wurden die Planungsarbeiten gestört, daß zusätzliche Anforderungen von der Sowjet-Militärmacht kamen. Weiter muß in der Bedarfsplanung der Investitionsbedarf berücksichtigt werden und schließlich ein Mindestbedarf an Konsumgütern für den allgemeinen Verbrauch.

Nach Aufstellung der Bedarfspläne muß in jedem Vierteljahr erneut die Kapazität der Betriebe ermittelt werden. Die Kapazität der Betriebe ist kein feststehender Be-

<sup>148</sup> GA, S. 148.

<sup>149</sup> Eugen Schmalenbach (1873–1955) konzentrierte seine betriebswirtschaftliche Forschungsarbeit auf die Kostenlehre und das Gewinnproblem („Preziale Wirtschaftslenkung“). Er sah im Anwachsen der fixen Kosten die Gefahr zunehmender Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaft. Durch Verbesserung der innerbetrieblichen Kostenrechnung versuchte er Kriterien für das Betriebsoptimum zu ermitteln.

<sup>150</sup> GA, S. 148 f.

griff, die Kapazität wandelt sich. [Zuruf: Wodurch?] Bei uns durch Demontagen. Man kann nicht bei der Kapazität der Betriebe von der Leistungsfähigkeit der entscheidenden Maschinen ausgehen, sondern muß den Engpaß im Betrieb suchen und feststellen, welches Optimum der wirtschaftlichen Leistung möglich ist. Auch hier sind genau zu unterscheiden die Maximalleistung und die Optimalleistung. Wir müssen immer als Erfahrungssatz 20% unter der Maximalleistung bleiben; die Optimalleistung wird bei 80% liegen. Das ist ein Erfahrungssatz, der sich allgemein bestätigt hat.

Nach der Kapazitätsermittlung stellen wir den Rohstoffbedarfsplan auf: welcher Rohstoffbedarf würde erforderlich sein, um die Kapazität vollständig auszunützen. Dann stellen wir den Brennstoffbedarfs- oder Energieplan auf, dann den Arbeitseinsatzplan. Wir müssen wissen, welche Arbeitskräfte notwendig sind. Im allgemeinen ist das nicht sehr schwierig, aber wir hatten verschiedene Fälle, bei denen auch ein Facharbeitermangel aufgetreten ist, wie z. B. bei der Fensterglasproduktion, und hier zeigt sich zweifellos auch, wie unter einem solchen diktatorischen System einer Militärmacht die Planung betrieben werden muß. Wenn Arbeitskräfte fehlen, kann es vorkommen, daß auf Befehl des Marschalls Schukow Arbeiter aus einer Provinz in die andere versetzt werden müssen. Wir haben das Eisenwerk Thamle und wir haben noch ein zweites Stahlwerk, und es müssen sämtliche Facharbeiter aus der Sowjetzone zusammengezogen werden, um diese Stahlproduktion zu sichern. Wir haben im Januar ein Unglück gehabt, wodurch die Stahlproduktion der Sowjetzone, die nur 7% der deutschen Stahlproduktion ausmacht<sup>151</sup>, wegen Facharbeitermangels zum Erliegen kam. Da mußten Facharbeiter kommandiert werden.

Dann kommt die Aufstellung des Transportplanes. Es wird genau berechnet - hier komme ich auf den für die Sowjetzone schwierigsten Punkt - wieviel Waggonen notwendig sind zum Antransport der Rohstoffe, zum Abtransport der Fertigwaren. Sie dürfen nicht vergessen, wir hatten 132 000 Waggonen früher, heute nur noch 65 000, davon wird ein Teil für die Militäradministration beansprucht. Wir haben auch einen sehr viel stärkeren Waggonverbrauch durch den Transport von Braunkohle. 40% aller deutschen Güterwagen sind in Friedenszeiten mit Kohlen belegt worden und nun brauchen wir für deren Transport allein für die Befriedigung der Eisenbahn dreimal soviel Güterwagen für Kohlen, als wir früher brauchten, als wir mit Steinkohlen geheizt haben. Deshalb ist die Kohlentransportfrage das entscheidende Problem überhaupt für die Ankerbelung der Wirtschaft in der Sowjetzone.<sup>152</sup>

Aber wenn dann eine Aufgabe gestellt wird, die unter allen Umständen durchgeführt werden muß, dann bekommt man auch die Vollmachten, diese Aufgabe durchzuführen. Um meine Papierplanung durchzuführen, habe ich täglich 400 Waggonen zur Verfügung gestellt bekommen und nach meinem Willen eingesetzt.

Dann kam noch der Finanzplan, der im Augenblick aber keine Rolle spielt. Erst wenn alle diese Pläne: Bedarfsplan, Produktionskapazität, Rohstoffplan, Arbeitsplan aufgestellt sind, wobei der Flaschenhals ausschlaggebend für den Produktionsplan ist, dann ergibt sich aus der Koordinierung erst der eigentliche Produktionsplan, den wir in der Zentralverwaltung der Industrie entwerfen und der Militäradministration vorlegen, die ihn dann bestätigt oder ablehnt. Nun wird er häufig dadurch abgeändert, daß die Militärregierung ebenfalls Entwürfe von einzelnen Ländern und Provinzen

<sup>151</sup> 1936 betrug dieser Anteil noch 5,9 vH (Wirtschaftsstatistik der deutschen Besatzungszonen 1945-1948, Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Bd. 3, Oberursel/Ts., S. 45).

<sup>152</sup> Auch im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet lag hier der entscheidende Engpaß der Rekonstruktion der Wirtschaft (Vgl. W. Abelshäuser, Wirtschaft in Westdeutschland 1945 bis 1948 [Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 30], Stuttgart 1975).

[vorliegen hat]. Aus dieser Arbeit hat sich aber nun gezeigt, daß infolge der Massierung der Industrie in einzelnen Provinzen und Ländern und der andersartigen Orientierung des Verbrauchs die Länder und Provinzen unter keinen Umständen in der Lage sind, beispielsweise einen Papierplan aufzustellen. Das ist völlig unmöglich, daß das Land Sachsen, das über die meisten Papierfabriken verfügt, einen Papierplan für die Sowjetzone aufstellt. Immer wieder wird man sehen, daß diese reinen Produzentenpläne Schiffbruch leiden. Sie haben keine Vorstellung von dem Papierbedarf von Mecklenburg, und es ist ausgeschlossen, was in der Sowjetzone vorgekommen ist, daß der Bedarf an Zeitungspapier in Schwerin von der Landesverwaltung Sachsen bestimmt wurde. Das ist keine Landes- sondern eine zentrale Aufgabe, nur eine Zentralstelle kann den Gesamtbedarf übersehen und die Entscheidung treffen.

Noch ein paar Schlußfolgerungen: Dieses Programm ist natürlich im Einzelnen nicht schon exakt durchgeführt. Ich darf aber sagen, daß beispielsweise für die von mir bearbeiteten Industrien, die Papierindustrie und die Glasindustrie, genau so gearbeitet wird, wie ich Ihnen geschildert habe. Ich habe auch, das war eine Auseinandersetzung mit den Länderverwaltungen gewesen, durchgesetzt, daß die Zellstoff- und Papierplanung zentral geregelt wird und der Einfluß der Länder zurückgedrängt wird. Im übrigen aber ergeben sich die verschiedenen Reibungsschwierigkeiten aus der unklaren Kompetenzverteilung zwischen Zentralverwaltung und Ländern, aus der Schwierigkeit der Abgrenzung der Kompetenz zwischen der sowjetischen Militäradministration und der Zentralverwaltung andererseits und aus den noch nicht völlig angepaßten Arbeitsbereichen der einzelnen Zentralverwaltungen. Denn Sie dürfen nicht vergessen, daß die Zentralverwaltung nur die Produktionsplanung und die Verteilung der fertigen Produkte hat. Dadurch ergeben sich in der Bedarfsermittlung große Schwierigkeiten.

Die zweite Schwierigkeit ergibt sich aus der weitgehenden Dezentralisation, die von der Sowjetadministration gewünscht wird, und außerdem, was ich am Rande erwähne, die Ablehnung jeder fachlichen Unternehmerorganisation. Es ist in der Sowjetzone keine Verbandsbildung gestattet. Auch fachliche Verbände, wie sie hier sind, sind in keiner Weise erlaubt, werden aufs schärfste politisch bekämpft und von der Militäradministration nicht zugelassen.

Schwierigkeiten ergeben sich aus dem Fehlen einer einheitlichen Terminologie. Die sowjetische Militäradministration kommt mit anderen Begriffen, arbeitet mit anderen Begriffen als wir. Das spielt beispielsweise bei der Planung der chemischen Rohstoffe eine große Rolle. Man muß sich erst einigen, was gemeint ist und es scheint mir eine der notwendigsten Voraussetzungen für eine Planungsarbeit zu sein, eine solche Terminologie zu schaffen, denn viele Dinge sind einfach daran gescheitert, daß man mit unklaren Begriffen gearbeitet hat. Es liegt auch ein Fehler oder Manko der Planungsarbeiten darin, daß in der Sowjetzone viel zu hohe Maßstäbe verwandt werden, daß den Unternehmern nur gesagt wird, ihr müßt soundsoviel Quadratmeter oder Kubikmeter liefern. Nach meiner Meinung muß bei den heutigen Verhältnissen die zentrale Planung noch weitergehen. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß die Betriebe dann die Rohstoffbestände ausgenutzt haben in dem Sinne und nicht das notwendige geliefert haben. Wir haben das in der Textilindustrie gesehen, wenn den Betrieben einfach auferlegt wurde: ihr kriegt soundsoviel Garn und habt das zu verarbeiten. Dann haben sie das Gespinnst hergestellt, das ihnen am liebsten war, das aber nicht am meisten benötigt wurde.

Schließlich ergeben sich auch noch andere Schwierigkeiten, und da muß ich darauf hinweisen, daß auch die Wirtschaft in der Sowjetzone vor einer großen Krise steht, die aus dem Mangel bestimmter Rohstoffe und bestimmter Ersatzteile, die nur aus dem Westen eingeführt werden können, herrührt.



Ich fürchte, daß die Planungsarbeit, die in der Sowjetzone erfolgreich in Angriff genommen wurde, aus zwei Gründen Gefahr läuft, kompromittiert zu werden: einmal durch die Demontage, die den Erfolg der Planungsarbeit illusorisch macht, ja, die ganze Planungsarbeit fragwürdig macht, denn man kann eigentlich erst nach Abschluß der Demontage mit der Planungsarbeit beginnen und zweitens durch die Beschränkung der Zone, da keine Austauschmöglichkeit der Rohstoffe vorliegt.

Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich hierbei nicht die politischen Probleme angefaßt habe. In der Sowjetzone wird eine Planungsarbeit noch unter Leitung der Sowjet-Militäradministration gemacht. Es ist also noch eine, wenn Sie wollen militärische, mehr kriegsmäßige Wirtschaft innerhalb der Planungsarbeit. Die Frage, wie weit eine solche Planungsarbeit notwendigerweise diktatorisch sein muß, habe ich nicht erörtert. Daß da Probleme liegen, die von uns aus gelöst werden müssen, ist selbstverständlich, und wir arbeiten in Berlin, in der fünften Zone, auch noch an einem Plan.

Die Arbeit in Berlin hat gezeigt, daß wir als eine Insel, als eine steinige Insel, auf der nichts wächst, die keine Bodenschätze hat, nur die Wirtschaft in Gang bringen, wenn wir einen einheitlichen Plan haben und die einzelnen Betriebe zu einer Gesamtleistung zusammenfügen. Die letzten Wochen in Berlin haben ein so eindrucksvolles Bild von der Notwendigkeit dieser Planungsarbeit vermittelt, daß überhaupt, wie ich glaube, bei der Bevölkerung kein Zweifel darüber sein kann, daß ein Berliner Plan notwendig ist, um überhaupt Material zu erhalten.<sup>153</sup>

*Dr. Deissmann:*

[Deissmann stellt eingangs fest, daß die Übergabe von Exekutivbefugnissen an das ZAW auf dem Gebiet der Wirtschaftsverwaltung erst noch bevorstehe, gleichwohl aber schon jetzt eine „Lawine der Tagesfragen“<sup>154</sup> auf es zukomme.]

„Wir unterscheiden deshalb und wollen im Aufbau unserer Planungsabteilung zwischen langfristiger und kurzfristiger Planung unterscheiden. Wir sind der Meinung, daß zur Aufstellung eines volkswirtschaftlichen Gesamtplanes, wie er hier gewünscht worden ist, die Voraussetzungen noch nicht gegeben sind. Es liegen einfach die primitivsten Voraussetzungen für das Aufstellen eines solchen gesamtwirtschaftlichen Planes noch nicht vor. Es fehlen die juristischen Grundlagen, es fehlt das stabile Element.

Eingriffe der Besatzungsmacht, Eingriffe äußerer Umstände würden einen solchen Plan umstoßen. Die grundlegende Voraussetzung ist die Kredit- und Finanzpolitik. Es fehlt auch im verwaltungsmäßigen Aufbau, die weitgehende Zuständigkeit, die eine solche zentrale Planungsstelle haben müßte, um in andere Wirtschaftsbereiche eingreifen zu können wie Transport, Verkehr, Arbeitseinsatz usw. Wir sind uns klar, daß es verfehlt wäre, in einer solchen Situation nun diese Frage der zukünftigen langfristigen Planung zu vernachlässigen, denn es ist unbedingt nötig, daß wir auch diese Dinge jetzt gleich in Angriff nehmen und wir sind daher sehr dankbar für alle Anregungen und Möglichkeiten, auf diesem Gebiete weiterzuarbeiten und legen größten Wert darauf, in das Zentralamt eine Abteilung einzubauen, die sich mit der Herausarbeitung der Grundlagen befaßt.<sup>155</sup>

<sup>153</sup> GA, S. 154–158.

<sup>154</sup> GA, S. 159.

<sup>155</sup> Im ZAW wurde diese Funktion von der Hauptabteilung Planung und Statistik, insbesondere von deren Leiter, Günter Keiser, wahrgenommen. Mit dem Umbau des Amtes zum Verwaltungsamt für Wirtschaft Anfang 1947 wurde eine eigenständige Grundsatzabteilung (Hauptabteilung A) eingerichtet.

Selbstverständlich muß eine solche Abteilung aufs engste Fühlung halten mit den betreffenden Institutionen in den anderen Zonen, insbesondere in der Ostzone und in der amerikanischen Zone, und ich glaube, daß in dieser Hinsicht unser Bestreben sein sollte, alles daranzusetzen, um einen Gedankenaustausch auf möglichst breiter Basis zu finden.

Aber es steht in der Situation bei uns die ad hoc-Planung, die kurzfristige Planung, absolut im Vordergrund. Ich stimme da mit Herrn Dr. Suhr und auch mit Dr. Weisser überein. Sie hatten gesagt, wir müssen von diesem unbefriedigenden System des Löcheraufreißen und des Löcherstopfens wegkommen. Auch für diese Inangriffnahme der augenblicklichen Notprobleme ist ein Gesamtplan erforderlich. Aber dieser Plan ist eben mehr ein Notplan, den ich mir folgendermaßen denke, daß sich unsere fachlichen Produktionsgruppen zusammensetzen müssen, die die verschiedenen Fachgebiete aufstellen, nachdem sie gewisse Richtlinien über die Dringlichkeit bekommen haben. Diese fachlichen Produktionsprogramme würden in der zentralen Planungsstelle zusammenlaufen und dort in der zentralen Planung – darauf hat auch Dr. Suhr hingewiesen, und ich muß sagen, die Ausführungen, die er darüber gemacht hat, wie jetzt in der Ostzone die Planung vor sich geht, haben sich weitgehend mit dem gedeckt, was wir selbst uns an Vorstellungen über dieses Vorgehen gemacht haben – ist dann die einzige und wichtigste Aufgabe die der Koordinierung, der Überwindung von Engpässen. Es muß das zentral entschieden werden. Wenn von vornherein feststeht, daß die Rohstoffe, die Kapazitäten, die Energiemengen und was sonst erforderlich ist, nicht ausreichen, um das Produktionsprogramm zu erfüllen, muß der Zentralplan anhand übergeordneter Gesichtspunkte entscheiden, in welchem Umfange und wo diese Produktionsprogramme zu kürzen sind. Das ist die Aufgabe der Planung, wie sie sich uns bei der heutigen Situation darstellt.“<sup>156</sup>

[Deissmann klagt über Fehlerquellen bei Erhebungen und Kontrollen der Planwirtschaftsinstanzen.]

„Soviel zu dieser Frage der Planung und Lenkung. – Zum Anschlusse möchte ich sagen, daß wir jetzt in der britischen Zone unter dem Gesetz des vielgeschmähten Spartaplanes stehen, der als kurzfristiger Vierteljahresplan unserer ganzen Wirtschaft hier anzusehen ist.<sup>157</sup> Ich persönlich bin überzeugt, daß der Plan als solcher nicht so schlecht ist. Die Fehlerquellen in der Durchführung liegen insbesondere an Gründen, auf die wir schon hingewiesen haben. Es liegen bestimmt große Fehlerquellen in der Aufteilung der Wirtschaftsgruppen und Verwaltungen, die so unsystematisch ist und

<sup>156</sup> GA, S. 159–161.

<sup>157</sup> Der Sparta-Plan verfolgte zwei Ziele. Erstens: die Schaffung eines ausgeglichenen Industrieprogramms für jeweils ein Vierteljahr auf der Grundlage des Mindestmaßes des lebenswichtigen deutschen Bedarfs und, soweit wie möglich, innerhalb der Grenzen der zur Verfügung stehenden Quellen an Rohstoffen, Energie und Verkehr. Zweitens: die Sicherstellung der größten Sparsamkeit im britischen Importprogramm und der größtmöglichen Steigerung des Exports zur Bezahlung des Imports. Die Planer gingen einmal davon aus, „daß der größtmögliche Schutz des britischen Steuerzahlers im Hinblick auf die Kosten“ gewährleistet ist, andererseits aber „ausreichende Mengen Kohle, Stahl usw.“ zur Steigerung der Produktion im Bereich der allgemeinen Produktionsgüter (Kohle, Energie, Kraftstoffe, Chemie) zur Verfügung stehen (Spartan-Plan für industrielle Produktion – April/Juni 1946 – MG Econ 2/860/25, BT PA 1/201). Gerade die letztere Annahme war jedoch nicht annähernd gerechtfertigt. Als im Oktober 1946 deutsche Stellen erstmalig in die Sparta-Planung einbezogen wurden, war die Unzulänglichkeit dieses Planansatzes schon erwiesen (ZAW, Die Einschaltung deutscher Stellen in die Industrieplanung im Rahmen des Spartasystems, 3. 10. 1946, BA, Z 8/1088, S. 65).

so wenig unseren eigenen Bedürfnissen entspricht, daß sich daraus Fehlleitungen nachweisen lassen, indem Firmen bei so verschiedenartigen Gruppen eingeordnet sind, daß sie gewisse Dinge doppelt bekommen.<sup>158</sup>

Was die Fehlleitungen angeht, so möchte ich noch auf das Beispiel Mössner hinweisen: Die Kohlenverteilung. Die Sache ist an sich in deutscher Hand, denn die Details der Abwicklung machen die deutschen Stellen, machen auch Stellen die etwas davon verstehen, und trotzdem kommen diese Fehler vor. Das sind die Dinge, denen wir auf den Leib rücken müssen. Ich habe jetzt mit den Engländern vereinbart, daß wir vom Zentralamt in der Übergangszeit die Möglichkeit haben, uns mit den Engländern zusammen nicht an den Schreibtisch zu setzen, an dem der Spartaplan entsteht, sondern daß die Engländer mit uns zusammen jetzt diese ganzen Erhebungen bearbeiten, daß wir die Möglichkeit haben, in die geheimnisvolle Struktur dieses Spartaplanes einzudringen. Niemand weiß, wo die Zahlen herkommen. Ich halte es für notwendig: wir müssen in das Räderwerk unserer Wirtschaft, das augenblicklich der Motor unserer Wirtschaft ist, hineinwachsen. Das müssen wir übernehmen können, wir dürfen nicht wunderbare Gesamtpläne bringen und sagen, wir fangen jetzt so an, sondern wir müssen aus dem Gesetz der Kontinuität herausgehen und dann versuchen, die Fehlerquellen zentraler Pläne durch neue Konstruktion zu ersetzen. Zu dieser Arbeit bitte ich um Ihre Mitarbeit. Ich möchte nochmals sagen, daß das Zentralamt im Sinne dieser Arbeit jedem Zentralismus abhold ist. Selbstverständlich muß die Planung zentral geführt werden, aber eine Wirtschaft auf breiter Basis gerade auch der regionalen Planungsinstanz ist für diese entscheidende Aufgabe, die ich versucht habe, Ihnen aufzuzeigen, ganz besonders wichtig und erforderlich.<sup>159</sup>

[...]

[Schlußbemerkung von Dr. Weisser, Ende der Tagung 14.10 Uhr].

<sup>158</sup> Fehlleitungen in der Rohstoffverteilung konnten deshalb unkontrolliert erfolgen, weil an die Zuteilung der Rohstoffe keine Produktionsauflagen gebunden waren.

<sup>159</sup> GA, S. 162 f.

#### MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Werner Abelshäuser, Dipl.-Volkswirt, Wissenschaftlicher Assistent an der Abt. Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum; Hustedtring 139, 4630 Bochum 1.

Dr. Fritz Blaich, ordentl. Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Regensburg, Institut für Finanzwissenschaft, Statistik und Wirtschaftsgeschichte, Postfach 397, 8400 Regensburg.

Dr. Erich Goldhagen, Prof. für Kirchen-

geschichte und Jüdische Zeitgeschichte an der Harvard-Universität und wiss. Mitarbeiter am Russian Research Center, Harvard University, Archibald Cary Coolidge Hall, 1737 Cambridge Street, Cambridge/Mass. 02138, USA.

Dr. Dirk Stegmann, ordentl. Professor für Geschichte und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Abt. Lüneburg, Postfach 2440, 3140 Lüneburg.